V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW (dort beschlossen am: 20.10.2025)

Titel: **U18-Strategie der GRÜNEN JUGEND NRW**

Antragstext

Junge Menschen werden in unserer Gesellschaft oft systematisch übergangen.

Obwohl sie von den politischen Entscheidungen am Längsten betroffen sind, haben sie am wenigsten Einfluss. Wer unter 18 ist, wird in der Politik oft nicht ernst genommen, hat kaum Mitbestimmungsmöglichkeiten in Schule oder Ausbildung und erlebt, dass die eigene Perspektive in den öffentlichen Debatten höchstens als Randnotiz auftaucht.

Politik wird über ihre Köpfe hinweg gemacht, während ihre Zukunft verspielt wird. Diese Ausschlüsse sind kein Zufall, sondern Ausdruck einer Politik, die den Fokus nicht auf Beteiligung setzt und jungen Menschen Handlungsmacht noch zu oft verweigert.

Gleichzeitig tragen Jugendliche die Folgen dieser Politik mit voller Wucht. Die eskalierende Klimakrise bedroht Lebensgrundlagen, ein kaputtes Schulsystem raubt Kraft und Möglichkeiten, und die wachsende soziale Ungleichheit zerstört Perspektiven. Während rechte Kräfte gezielt Jugendliche ansprechen, um sie für Nationalismus und Hass zu gewinnen, antworten andere mit Ignoranz und Bevormundung. Wer jung ist, wird von vielen Politiker*innen entweder als ,,zu faul” oder lediglich zukünftige Arbeitskraft angesehen.

Genau hier setzen wir als GRÜNE JUGEND NRW an. Mit unserer U18-Strategie machen wir klar: Jugendliche sind keine Objekte, über die Politik gemacht wird, sondern handelnde Subjekte, die jetzt schon kämpfen – auf der Straße, in Schulen, in

Jugendzentren und in unserer Partei. Wir wollen ihnen Räume geben, in denen sie nicht klein gemacht werden, sondern groß denken und laut werden können. Räume, die Schutz bieten – vor Diskriminierung und Abwertung. Räume, die Mut machen, in denen sie sich ausprobieren und gemeinsam lernen können.

Unsere Bildungsarbeit richtet sich konsequent auch an Menschen unter 18 Jahren. Wir wollen keine „Vorbereitung auf später“ schaffen, sondern im Hier und Jetzt empowern. Politische Bildung muss ihre Lebensrealitäten aufgreifen und sie darin stärken, ihre eigenen Kämpfe zu formulieren. Dabei geht es nicht darum, Jugendlichen eine vorgefertigte Politik beizubringen – es geht darum, dass sie ihre eigene Stimme finden, sich vernetzen und gemeinsam stark werden.

Wir wollen unsere Strukturen so gestalten, dass Jugendliche in unserem Verband nicht nur „dabei“ sind, sondern mitentscheiden und gestalten. Zu oft werden junge Menschen als „noch nicht reif genug“ abgewertet. Dagegen wollen wir handeln, denn das schwächt uns als linke Bewegungen insgesamt. Denn wer die Zukunft verändern will, braucht die Stimmen der Jugend – nicht irgendwann, sondern jetzt.

Unsere U18-Strategie ist ein linkes und solidarisches Gegenangebot zu einer Gesellschaft, die junge Menschen klein hält. Sie ist ein klares Nein zu Bevormundung und Ignoranz – und ein Ja zu Schutzräumen, Beteiligung, politischer Bildung und echter Organisierung. Wir wollen, dass die GRÜNE JUGEND NRW ein Zuhause für Jugendliche ist: ein Ort, an dem sie Gemeinschaft erfahren, politische Kraft entwickeln und spüren, dass ihre Stimmen Gewicht haben.

Unsere Veranstaltungen müssen so gestaltet werden, dass sich junge Menschen sicher und respektiert fühlen. Dazu gehört auch ein verantwortungsvoller Umgang mit Alkohol. Wir wollen, dass insbesondere auf Veranstaltungen, an denen Menschen unter 18 teilnehmen, der Alkoholkonsum deutlich reduziert wird und klare Schutzkonzepte gelten. Unser Ziel ist es, sichere Räume zu schaffen, in denen Minderjährige nicht unter Druck geraten, Alkohol zu konsumieren, und ihre Grenzen selbstverständlich respektiert werden.

Dabei tragen insbesondere volljährige Teilnehmende eine besondere Verantwortung. Sie sollen mit gutem Beispiel vorangehen und werden im Fall von Regelverstößen im Rahmen von Alkoholkonsum in die Verantwortung genommen. Harte alkoholische Getränke haben auf unseren Veranstaltungen grundsätzlich keinen Platz. Es sollen Räume geschaffen werden, in denen Alkoholkonsum nicht im Mittelpunkt steht.

Konkret bedeutet das für uns:

- Wir wollen eigene U18-Treffen und Austauschformate schaffen, in denen Jugendliche untereinander diskutieren und Forderungen entwickeln können, die dann in den Gesamtverband getragen werden.

- Wir wollen jugendgerechte Beteiligung in allen Ebenen sicherstellen: Jugendliche sollen gefördert werden stärker in unseren Kreisverbänden und auf Landesebene präsent zu sein und mitarbeiten können – und wir passen unsere Strukturen so an, dass ihre Beteiligung nicht an Formalitäten oder Hürden scheitert.

- Wir wollen Strukturen aufbauen, damit junge Menschen nicht nur teilnehmen, sondern sich sicher fühlen und Orientierung bekommen, wenn sie neu in der GRÜNEN JUGEND NRW aktiv werden.

- Wir wollen eigene Räume für U18-Themen eröffnen – sei es in der Bildungsarbeit, in der politischen Strategie oder in unseren Kampagnen – damit ihre Anliegen sichtbar bleiben und nicht in allgemeinen Debatten untergehen.

Und: Unsere Strategie endet nicht an den Grenzen unseres Verbandes.
Wir wissen, dass echte Veränderung nur gelingt, wenn sich auch die Partei bewegt. Deshalb werden wir als GRÜNE JUGEND NRW unseren Fokus und unsere Schlagkraft auch darauflegen, wie wir unsere Mutterpartei für unter 18-Jährige weiter öffnen.

Denn wir wissen: Viele junge Menschen fühlen sich von der aktuellen Politik entfremdet. Sie erleben, dass ihre Interessen ignoriert werden, dass ihre Hoffnungen kleingeredet und ihre Wut belächelt wird.

Unsere Antwort darauf ist: Wir hören euch, wir sehen euch, wir kämpfen mit euch. Ihr seid nicht nur die Zukunft, ihr seid die Gegenwart – und diese Gesellschaft verändert sich nicht ohne euch.

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Jonas Ulbrich, Belana Behrendt, Mel Dunin-Majewski, Mats Wegmann, Louisa Albrecht-Oehl, Nilo Reinke, Lee Cornelissen

Titel: **Sichtbarkeit für TINA*-Perspektiven – bestehende Diskriminierungen erkennen und abbauen**

Antragstext

Aufbau:

- Zusamen•Fassung des Antrags in schwerer Sprache
- Antrags•Text in einfacherer Sprache
- Antrags•Text in schwerer Sprache

Aufbau des Antrags:

- Einleitung
- Inter•Geschlechtlichkeit
    - Begriffs•Erklärung
    - Inter•Geschlechtlickeit im gesundheitlichen Bereich
    - Rechtlicher Schutz
    - Forderungen

- Nicht•Binarität und trans*

    - In der Grünen Jugend NRW
    - Schutz vor Gewalt
    - Forderungen

- TINA* Personen mit Behinderung

    - Gewalt gegen behinderte TINA* Personen
    - TINA* Personen mit Behinderung werden doppelt diskriminiert
    - Forderungen

Zusammenfassung des Antrags:

Die Grüne Jugend NRW ist ein queerfeministischer Verband. Wir setzen uns für die Stärkung und Sichtbarkeit von FLINTA* und insbesondere TINA*-Personen ein.

Der Antrag thematisiert die anhaltende Marginalisierung und Diskriminierung dieser Gruppen. Er zeigt auf, wie gesellschaftliche, medizinische und strukturelle Normen ihre Selbstbestimmung einschränken.

Im Abschnitt "Intergeschlechtlichkeit” wird sich auf inter Personen im Gesundheitssystem konzentriert. Intergeschlechtliche Menschen werden häufig als krank betrachtet. Oft wurden sie medizinisch unnötigen Eingriffen unterzogen. Dies soll sie der binären Norm anpassen. Sie sollen aussehen wie Jungen oder Mädchen. Nicht notwendige Operationen sind verboten worden. Das Verbot kann aber umgangen werden.

Der Teil zu Nichtbinärität und Trans* sein beleuchtet innerverbandliche und gesellschaftliche Herausforderungen: fehlende Sensibilität im Umgang mit Pronomen und Geschlechtsidentität. Daraus können psychische Belastungen durch Misgendering entstehen. Auch auf rechtlicher Ebene und im Gesundheitssystem bestehen Benachteiligungen. Ebenso wird die Gewalt gegen TINA*-Personen beleuchtet.

Abschließend thematisiert der Antrag TINA*-Personen mit Be_hinderung und hebt hervor, dass sie mehrfach diskriminiert werden, durch Ableismus, Cis-Normativität und den Mangel an barrierefreien und inklusiven Strukturen. Ihre Perspektiven werden oft übergangen.

TINA* Perspektiven stärken – bestehende Ungerechtigkeiten erkennen und abbauen

Antrags•Text in einfacherer Sprache

Einleitung

Die Grüne Jugend in Nordrhein-Westfalen

ist ein queer•feministischer Verband.

Queer•feministisch heißt:

Alle Menschen sollen gleich behandelt werden,

Das Geschlecht ist egal.

Es ist egal, wen sie lieben.

Menschen kämpfen dafür.

Die Grüne Jugend NRW setzt sich ein:

für Frauen, Lesben, inter•geschlechtliche, nicht•binäre, trans* und agender Personen

und besonders für trans*, inter•geschlechtliche nicht•binäre und agender Personen.

Dafür gibt es Abkürzungen:

FLINTA* heißt: Frauen, Lesben, inter•geschlechtlich, nicht•binär und agender.

TINA* heißt: trans*, inter•geschlechtlich, nicht•binär und agender.

Das Ziel ist:

Diese Personen stark zu machen und ihre Meinung vertreten.

TINA* Personen sind immer noch benachteiligt.

Ihre Erfahrungen sind unterschiedlich.

Dies ist von verschiedenen Dingen abhängig.

Ein Beispiel dafür ist:

Macht eine TINA* Person eine medizinische Transition?

Das heißt, sie verändert ihren Körper.

Damit er besser zu ihrem Geschlecht passt.

Alle Erfahrungen sind richtig.

Alle Erfahrungen sollten Aufmerksamkeit bekommen.

Der Antrag hat Ziele:

Er soll zeigen:

Wo werden TINA* Personen benachteiligt?

Was können wir besser machen?

Inter•Geschlechtlichkeit

Begriffs•Erklärung:

Inter•Geschlechtlichkeit bezieht sich auf das Geschlecht einer Person.

Die körperlichen Geschlechts•Merkmale,

sind nicht eindeutig männlich oder weiblich.

Das können zum Beispiel Hormone, aber auch Genitalien sein.

Genitalien sind zum Beispiel Penis und Vulva.

Inter•Geschlechtlichkeit wird heute noch als krank betrachtet

Inter•Geschlechtlichkeit heißt auch inter.

Inter•Geschlechtliche Personen lassen sich nicht als rein weiblich oder männlich betrachten.

Viele Menschen finden dies schwierig.

Sie denken:

Inter•Geschlechtlich sein ist krank.

Das stimmt nicht.

Inter•Geschlechtliche Personen erleben oft Anfeindungen.

Das heißt, sie werden schlecht behandelt.

Inter•Geschlechtlichkeit hat wenig Aufmerksamkeit.

Viele thematisieren es in einer bestimmten Situation.

Wenn sie erklären möchten:

“Es gibt mehr als zwei Geschlechter”

Die meisten wissen wenig über Inter•Geschlechtlichkeit.

Sie wissen nicht:

Wie ist es, inter zu sein?

Es gibt noch viel zu lernen.

Inter•Geschlechtlichkeit im gesundheitlichen Bereich

Inter•Geschlechtliche Kinder sind öfter operiert worden.

Manchmal hat man ihnen auch Hormone gegeben.

Das Ziel davon:

Ihre Körper sollen wie Jungen oder Mädchen aussehen.

Oft gab es keinen medizinischen Grund dafür.

Die Eltern glaubten:

“Mein Kind hat ohne Operation kein glückliches Leben”.

Oder die Kinder sollen “schöner” aussehen.

Oft werden die Eltern unter Druck gesetzt.(Rede•Wendung)

Die Ärzte sagen ihnen:

“Die Operation ist notwendig.”

Die Kinder haben keine Wahl.

Sie können nicht sagen:

“Ich möchte das nicht”.

Oft wird ihnen nicht gesagt, dass sie inter•geschlechtlich sind.

Inter•geschlechtliche Personen kämpfen schon lange dagegen.

Sie möchten nicht ohne Zustimmung operiert werden.

Die Meinung über Inter•Geschlechtlichkeit hat sich geändert.

Viele Menschen finden es normal.

Trotzdem gab es viele Operationen.

Diese sind nicht empfohlen worden.

In Deutschland gab es zwischen 2005 und 2016 viele Operationen.

Die inter•geschlechtlichen Kinder waren unter 10 Jahren.

Jedes Jahr gab es etwa 1.871 Operationen.

Die Operationen sollten die Kinder, männlicher oder weiblicher machen.

Auch Erwachsene erleben Diskriminierung im Gesundheits•System.

Menschen sind ihr ganzes Leben inter•geschlechtlich.

Rechtlicher Schutz kam zu spät - er ist nicht vollständig

Bis 2021 durften in Deutschland Eltern entscheiden:

Wird mein inter•geschlechtliches Kind operiert?

Es war egal, ob die Operation not•wendig war.

Erst seit März 2021 gibt es ein neues Gesetz.

Es soll inter•geschlechtliche Kinder schützen.

Das Gesetz verbietet Operationen,

wenn sie nur das Aussehen verändern sollen.

Zum Beispiel um Kinder “männlicher” oder “weiblicher” zu machen.

Es dürfen nur notwendige Operationen gemacht werden.

Dann muss ein Gericht schauen:

Ist die Operation gut für das Kind?

Das Gesetz hat Lücken.

Es schützt nicht alle Kinder gleich.

Nur Kinder, die eine offizielle medizinische Diagnose haben.

Diese heißt: “Variante der Geschlechts•Entwicklung”.

Diese Kinder sind sicher geschützt.

Andere Kinder können vom Schutz aus•geschlossen werden.

Ärzte können diese Kinder trotzdem operieren.

Darum sagen viele:

Das Gesetz muss besser werden.

Alle Kinder brauchen den gleichen Schutz.

Die Grüne Jugend NRW hat Forderungen:

Forderung bedeutet:

man klar sagt, was man will oder was sich ändern soll.

Wir fordern,

dass offiziell gesagt wird:

Viele inter•geschlechtliche Menschen wurden ohne Grund operiert.

Viele haben davon Schmerzen und Probleme bekommen.

Diese Menschen sollen einen Aus•gleich bekommen.

Eine Möglichkeit ist Geld.

Wir fordern,

dass Eltern vor Operationen mit Experten reden müssen.

Experten sind Menschen, die viel Wissen über etwas haben.

Dies dürfen nicht die Ärzte sein.

Diese Menschen wissen viel über Inter•Geschlechtlichkeit.

Am besten sind sie auch Inter•Geschlechtlich.

Sie wissen:

Ist die Operation gut für das Kind?

Viele Eltern wissen bis zur Geburt wenig über Inter•Geschlechtlichkeit.

Deshalb sollten sie Hilfe von Experten bekommen.

Eltern sollen wissen:

Welche Behandlungen gibt es?

Was passiert dabei?

Welche Folgen gibt es?

Wir fordern,

dass Inter•geschlechtliche Personen lesen können:

Welche Operationen wurden bei Ihnen gemacht?

Dafür muss für immer aufgeschrieben werden:

Welche Operationen wurden gemacht?

Sind ihnen Hormone gegeben worden?

Dies bietet ihnen eine Chance:

Sie können rechtlich dagegen vor•gehen.

Das heißt:

Sie können Anzeige erstatten.

Wir fordern,

Inter•Geschlechtlichkeit soll sichtbarer werden,

in der Grünen Jugend NRW.

Dies kann durch zum Beispiel durch Bildungs•Arbeit geschehen.

Nicht•Binarität und trans*

In der Grünen Jugend NRW:

Wenn man eine Person sieht,

kann man das Geschlecht nicht erkennen.

Ich weiß nicht:

Ist die Person ein Junge oder ein Mann?

Ist die Person ein Mädchen oder eine Frau?

Ist die Person nicht•binär?

Trotzdem schauen viele Menschen auf den Körper oder Kleidung.

Sie denken:

“Das ist eine Frau.” oder

“Das ist ein Mann.”

Danach reden sie diese Person mit bestimmten Pronomen an.

Beispiele für Pronomen sind: er, sie oder they.

Für cis•geschlechtliche Personen ist das kein Problem.

Cis bedeutet:

Bei der Geburt ist gesagt worden:

Du bist ein Junge/Mädchen.

Du fühlst dich auch so.

Für TINA* Personen ist das oft schwer.

Diese Personen müssen sich oft outen.

Das heißt, sie müssen sagen,

welches Geschlecht sie wirklich haben.

Nur so werden sie mit den richtigen Pronomen angesprochen.

Oft werden sie nur so als TINA* Personen erkannt.

Das ist oft wichtig für sie.

Es ist zum Beispiel bei der Quotierung wichtig.

Quotierung heißt:

FLINTA* Personen und cis männliche Personen

sollen den gleichen Rede•Anteil haben.

So können sie richtig dran genommen werden.

Es kann trotzdem passieren,

dass sie mit falschen Pronomen oder Geschlecht angesprochen werden.

Das heißt Misgendern.

Das ist anstrengend.

Das tut weh.

Es gibt TINA* Personen, denen das besonders weh tut.

Besonders TINA* Personen, die sich in einer Transition befinden.

Transition heißt:

Eine Person verändert etwas an sich.

Damit sie sich besser fühlt.

Die Person kann den Vor•Namen ändern.

Sie kann die Kleidung verändern.

Sie kann am Körper etwas verändern.

Oft müssen TINA* Personen viel erklären:

Wie werden Pronomen richtig verwendet?

Was ist für TINA* Personen wichtig?

Wann fühlen sie sich gut?

Das sollten alle in der Grünen Jugend NRW tun.

Oft machen es aber nur TINA* Personen.

Das ist anstrengend.

Der Begriff FLINTA* wird oft verwendet.

Manchmal als Ersatz für das Wort "Frau".

Der Begriff sollte bewusst verwendet werden.

TINA* Personen müssen sich nicht beweisen.

TINA* Personen müssen nicht sagen:

“Ich bin eine TINA* Person”.

Wenn sie sich so fühlen, dann sind sie es.

Manches in der Grünen Jugend NRW ist noch sehr zwei•geschlechtlich.

Das heißt:

Es wird nur zwischen männlich und weiblich unterschieden.

Das ist zu eng gedacht.

Es gibt einfache Möglichkeiten, das zu ändern.

Zum Beispiel bei Toiletten.

Man kann die Schilder leicht überkleben.

So können sie alle benutzen.

Es kann sein, dass wir das nicht dürfen.

Dann sollten wir uns ein anderes Haus suchen.

Die Grüne Jugend NRW sollte darauf achten,

dass es geschlechts•neutrale Toiletten gibt.

Diese Toiletten sollten auch barriere•frei sein.

So sind sie für alle Menschen gut zugänglich.

Emanzipation und Inklusion sind wichtig.

Emanzipation bedeutet:

Alle Menschen sollen frei und gleich leben können.

Inklusion bedeutet:

Alle können mitmachen, niemand wird ausgeschlossen.

Das ist ein Grund•Prinzip unserer Politik.

Schutz vor Gewalt

TINA* Personen erleben oft Gewalt.

Viele werden im Alltag beschimpft oder angegriffen.

TINA* Personen werden oft falsch dargestellt.

Manche sagen:

“TINA* Personen sind gefährlich für cis-Frauen.”

Zum Beispiel in öffentlichen Toiletten.

Das ist falsch.

Richtig ist:

Das Zuhause ist der gefährlichste Ort für viele Frauen.

Eine Studie aus Berlin zeigt:

66 von 100 trans* Personen haben in den letzten 5 Jahren Gewalt erlebt.

Fast die Hälfte hat in nur einem Jahr Gewalt erlebt.

Das ist sehr viel.

Auch im Gesundheits•System erleben TINA* Personen Gewalt.

Sie werden oft schlecht behandelt.

Sie müssen oft um Anerkennung kämpfen.

Das heißt, dass sie von Ärzten als TINA* betrachtet werden.

Behandlungen können helfen, den Körper zu verändern.

Bei trans* Frauen kann er weiblicher werden.

Bei trans* Männern männlicher.

So fühlen sich trans* Personen besser.

Das heißt: Geschlecht•affirmative Maßnahme.

Das kann eine Brust•Abnahme sein.

Das kann der Aufbau eines Penis sein.

Das Fach•Wort für Brust•Abnahme ist Mastektomie.

Das Fach•Wort für den Aufbau eines Penis ist Phalloplastik.

Diese Operationen kosten viel Geld.

Es kann sein das die Kranken•Kasse das nicht zahlt.

Zum Beispiel bei nicht•binären Personen.

Viele können Operationen nicht bezahlen.

Das kann sehr traurig machen.

TINA* Personen fühlen sich dann im eigenen Körper nicht gut.

Das Selbst•bestimmungs•gesetz ist ein wichtiger Fort•Schritt.

TINA* Personen können ihren Vor•Namen leichter ändern.

Sie können ihren Geschlechts•Eintrag besser ändern.

Das heißt sie können zum Beispiel:

Von dem Eintrag weiblich zu männlich wechseln.

Das Gesetz wird oft kritisiert.

Die Partei “Alternative für Deutschland” will das Gesetz nicht.

Andere Parteien wollen es “über•prüfen”.

Das kann gefährlich werden.

Der Politiker Alexander Dobrindt,

will ein Sonder•Register für TINA* Personen.

Das bedeutet:

Eine Liste mit allen Personen,

die das Selbst•Bestimmungs•Gesetz genutzt haben.

Dort würden die alten Namen stehen.

Diese werden Deadname genannt.

Da steht auch der alte Geschlechts•Eintrag.

Solche Listen sind eine Gefahr.

Sie können dazu führen,

dass Menschen sagen müssen:

“Ich bin trans*” oder

“ich bin nicht•binär”

Das nennt man Zwangs•outing.

Das kann zu neuer Gewalt führen.

TINA* Personen brauchen Schutz.

Sie dürfen nicht in Gefahr gebracht werden.

Das Sonder•Register wird es erstmal nicht geben.

Es wurde vom Bundes•Rat abgelehnt.

Das Selbst•Bestimmungs•Gesetz bleibt trotzdem in Gefahr.

Es kann immer wieder Versuche geben, es zu ändern.

Das Selbst•Bestimmungs•Gesetz ist ein guter Anfang.

Aber wir haben noch keine Gleich•Stellung.

Gleich•Stellung heißt.

Alle Menschen werden gleich behandelt.

Viele nicht•binäre Personen sind un•sichtbar.

Zum Beispiel gibt es für sie keine passenden Anreden.

Anreden sind zum Beispiel “Herr” oder “Frau”.

Auch im Alltag erleben TINA* Personen Nach•teile.

In der Schule,

Bei der Arbeit,

In Vereinen

werden sie oft schlechter behandelt.

TINA* Personen brauchen:

Sicherheit und echte Gleich•Berechtigung.

<u>Die Grüne Jugend NRW hat Forderungen:</u>

<u>Wir fordern,</u>

Das Selbst•Bestimmungs•Gesetz muss verbessert werden.

TINA* Personen brauchen mehr Schutz.

Es darf keine Sonder•Register geben.

TINA* Personen sollen selbst entscheiden können:

Wer kann meinen alten Vor•Namen sehen?

Wer kann meinen alten Geschlechts•Eintrag sehen?

Wir fordern,

TINA* Personen müssen geschützt werden.

Es muss aufgeschrieben werden:

Wie viel Gewalt an TINA* Personen gibt es?

Was für Gewalt ist das?

Dies soll sich gut angeschaut werden. So kann geschaut werden:

Was hilft um TINA* Personen zu schützen.

Wir fordern,

Die Verbesserung der Gesundheits•Versorgung von TINA* Personen.

TINA* Personen müssen entscheiden können:

Möchte ich meinen Körper verändern?

Möchte ich männlicher werden?

Möchte ich weiblicher werden?

Wie passt mein Körper zu mir?

Die Kranken•Kassen müssen alle Behandlungen bezahlen.

Wir fordern,

Ein Geschlechter•Strategie•Team in der Grünen Jugend NRW.

Das ist eine Gruppe von Menschen,

die sich um Gleich•stellung kümmern.

In dem Team soll es folgende Plätze geben:

offene Plätze,

das bedeutet: alle können sich bewerben, das Geschlecht ist egal.

FLINTA* Plätze,

Das bedeutet: alle FLINTA* können sich bewerben.

Mindestens einen Platz nur für TINA* Personen

Die Grüne Jugend NRW soll vorsichtig mit Informationen umgehen.

Die Geschlechts•Identität einer Person darf nicht öffentlich gesagt werden.

Dies geht nur, wenn die Person gesagt hat:

“ich bin damit einverstanden.”

Dies soll Personen vor Angriffen und Beleidigungen schützen.

<u>Wir fordern,</u>

Den Abbau der Zwei•Geschlechtlichkeit in der Grünen Jugend NRW.

Bei allen Veranstaltungen der Grünen Jugend NRW soll es:

geschlechts•neutrale und barriere•freie Toiletten geben.

Diese Toiletten können von allen genutzt werden.

Es kann sein das wir Toiletten•Schilder nicht ändern dürfen.

Dann soll ein anderes Haus gewählt werden.

Alle in der Grünen Jugend NRW,

sollen sich mit den Bedürfnissen von TINA* Personen beschäftigen.

TINA* Personen sollen nicht immer alles erklären müssen.

TINA* Personen mit Behinderung

Personen mit Behinderung wird weniger zugetraut.

Oft wird gedacht:

dass sie keine Sexualität haben.

Das heißt:

Viele denken, sie haben kein Interesse an Liebe oder Sex.

Ihnen wird nicht geglaubt, das sie TINA* sein können.

Ihnen wird nicht geglaubt, das sie Queer sein können.

Queer heißt:

Menschen, die nicht in das Bild von “männlich” liebt “weiblich” passen.

Das ist falsch.

Behinderte Menschen können TINA* und queer sein.

Sie müssen das nicht beweisen.

Diese Personen müssen gehört werden.

Sie müssen in der Grünen Jugend NRW sicht•bar sein.

Vorstände bestehen oft aus cis•geschlechtlichen Personen.

Also aus Frauen und Männern.

Diesen ist bei der Geburt gesagt worden:

Du bist ein Mädchen/ Junge.

Sie fühlen sich auch so.

Es gibt wenig Wissen über Behinderung und Barrier•Freiheit.

Das soll sich ändern.

Gewalt gegen behinderte TINA* Personen

TINA* Personen mit Behinderung machen oft schlechte Erfahrungen.

Sie erleben oft Gewalt und Sexualisierung.

Sexualisierung heißt:

Andere Menschen sehen sie als sexuelles Objekt.

Manche werden fetischisiert.

Das bedeutet:

Ihre Körper oder ihre Behinderung werden zu etwas "spannendem" gemacht.

Anderen wird gesagt:

“Du hast keine Sexualität.”

Beide Dinge sind verletzend.

Auch in linken und queeren Räumen kann es Probleme geben.

Dort gibt es immer noch bestimmte Ideen.

Ideen davon, wie TINA* Personen sind.

Ideen davon, was eine “richtige” Behinderung ist.

Nicht jede Behinderung kann man sehen.

Nicht jede Krankheit kann man sehen.

Man muss nicht beweisen, ob man eine Behinderung oder Krankheit hat.

Es gibt nicht die richtige Art TINA* zu sein.

TINA* Personen mit Behinderung muss geglaubt werden.

Sie müssen keine Nachweise zeigen.

TINA* Personen mit Behinderung werden doppelt diskriminiert.

Sie werden als TINA* Person diskriminiert.

Sie werden als Person mit Behinderung diskriminiert.

Sie erleben öfter Gewalt.

TINA* Personen haben öfter Probleme:

Beratungs•Angebote sind oft nicht barriere•frei.

Jungend•Treffs sind oft nicht barriere•frei.

Daraus entsteht ein anderes Problem:

Sie können Orte schlecht erreichen.

Dadurch werden sie ausgeschlossen.

Die Grüne Jugend NRW hat Forderungen:

Wir fordern,

Intersektional zu handeln und denken.

Das bedeutet:

Mehrere Formen von Diskriminierung werden zusammen gedacht.

Barriere•Freiheit und die Bedürfnisse von TINA* Personen

müssen zusammen gedacht werden.

Wir fordern,

Mehr Sichtbarkeit für TINA* Personen mit Behinderung.

Ihre Stimmen müssen gehört werden.

TINA* Personen mit Behinderung müssen als Ganzes betrachtet werden.

Sie dürfen nicht nur als TINA* Person betrachtet werden.

Sie dürfen nicht nur als Person mit Behinderung betrachtet werden.

Sie müssen als TINA* Person mit Behinderung betrachtet werden.

Wir fordern,

Sensibilisierung und Bildung im Verband.

Sensibilisierung bedeutet:

Menschen sollen lernen:

Wie kann ich auf andere Menschen achten?

Cis•Normative Denk•Muster müssen hinter•fragt werden.

Cis•Normativität bedeutet:

Ich gehe davon aus:

Du bist ein Mann oder eine Frau.

So können sie ab•gebaut werden.

Ableistische Denk•Muster müssen hinter•fragt werden.

Ableistisch bedeutet:

Menschen denken:

Menschen mit Behinderung sind weniger Wert.

Da sie weniger können.

So können sie ab•gebaut werden.

Wir fordern,

Selbst•Bezeichnungen und Privatsphäre zu akzeptieren.

Selbst•Bezeichnung bedeutet:

Jede Person kann selbst sagen, wer man ist.

Zum Beispiel:

Welches Geschlecht man hat.

Privatsphäre bedeutet:

Persönliche Informationen sind geschützt.

Nur ich kann bestimmen,

wer etwas über mich weis.

TINA* Personen muss geglaubt werden.

Keine Person muss beweisen:

Dass sie eine TINA* Person ist.

Dass sie eine Behinderung hat.

Sichtbarkeit für TINA*-Perspektiven – bestehende Diskriminierungen erkennen und abbauen

Antragstext in schwerer Sprache

Einleitung

Die Grüne Jugend NRW ist ein queerfeministischer Verband. Als solcher versuchen wir, FLINTA* (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans* und agender Personen) und insbesondere TINA* (trans*, intergeschlechtliche, nichtbinäre und agender Personen) zu stärken und politisch sichtbar zu machen bzw. ihnen eine Stimme zu geben.

Dennoch sind TINA*-Personen noch immer marginalisiert und ihre vielfältigen Perspektiven werden oft nicht gehört. Die Erfahrungen sind divers und von unterschiedlichen Faktoren geprägt. Ein Faktor kann eine medizinische Transition sein. Alle Erfahrungen sind valide und sollten gehört werden.

Ziel dieses Antrags ist es, bestehende Diskriminierungen sichtbar zu machen und politische Missstände zu benennen.

Intergeschlechtlichkeit

Begriffserklärung

Intergeschlechtliche Personen, sind Menschen, deren körperliche Geschlechtsmerkmale (Geschlechtschromosomen, Hormone, Keimdrüsen, Genitalien) sich nicht eindeutig den gesellschaftlichen Erwartungen vom männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen lassen.

Intergeschlechtlichkeit wird immer noch pathologisiert

Intergeschlechtlichkeit (kurz inter) wurde und wird in unserer Gesellschaft noch viel zu oft pathologisiert, also als etwas Krankhaftes dargestellt. Intergeschlechtliche Personen sind oft Anfeindungen ausgesetzt, da sie nicht in die binäre Norm passen. Sichtbar sind sie, wenn ihre Geschlechtsidentität verwendet wird, um in Diskussionen über vermeintliche Zweigeschlechtlichkeit darauf verweisen zu können, dass es „ja biologisch drei Geschlechter gibt“. Darüber, was es bedeuten kann, intergeschlechtlich zu sein, wissen die meisten dann jedoch nur wenig.

Intergeschlechtlichkeit im Gesundheitssystem

Intergeschlechtliche Menschen wurden (bzw. werden) oft bereits im Kleinkindalter medizinischen Behandlungen unterzogen. Diese sollten die ihre Genitalien chirurgisch oder hormonell an die binäre Norm anpassen, obwohl dies medizinisch nicht notwendig war. Die Gründe dafür waren kosmetischer Natur oder basierten auf der Annahme der Eltern, dass ihr Kind in diesem „Zustand“ kein glückliches Leben führen könne.

Intergeschlechtlich geborene Menschen wehren sich schon seit Jahren gegen Behandlungen die gegen ihren Willen durchgeführt wurden. Trotz eines gesellschaftlichen Bewusstseinswandels fanden in Deutschland zwischen 2005 und 2016 jährlich durchschnittlich 1.871 „feminisierende“ oder „maskulinisierende“ Operationen an Kindern unter 10 Jahren statt, obwohl bestehende medizinische Leitlinien von diesen Eingriffen abrieten. Auch im Erwachsenenalter hört die Diskriminierung im Gesundheitssystem nicht auf. Intergeschlechtlichkeit ist ein lebenslanges Thema.

Rechtlicher Schutz kam zu spät und ist immer noch lückenhaft

Bis zum Jahr 2021 durften in Deutschland die sorgeberechtigten Eltern selbst entscheiden, ob an ihren intergeschlechtlichen Kindern Eingriffe vorgenommen werden. Diese Eingriffe betrafen die äußeren oder inneren Genitalien sowie die Keimdrüsen. Dabei handelte es sich oft um medizinisch nicht notwendige Behandlungen. Eltern waren in ihrer Entscheidung oft erheblichem Druck der behandelnden Ärzt*innen ausgesetzt.

Erst im März 2021 wurde ein Gesetz erlassen, das die Kinder vor dieser Praxis schützt. Diese Vorschrift soll intergeschlechtliche Kinder bzw. Kinder mit Varianten der Geschlechtsentwicklung vor medizinisch nicht notwendigen Eingriffen schützen. Ein Beispiel dafür sind Operationen, die ausschließlich dem

Ziel dienen, Körper an das männliche oder weibliche Geschlecht anzupassen.

Notwendige Operationen dürfen nur in bestimmten Situationen vorgenommen werden. Sie dürfen sich nicht aufschieben lassen, bis das Kind selbst entscheiden kann. Zusätzlich muss ein Familiengericht prüfen, ob der Eingriff dem Kindeswohl entspricht.

In dem Gesetz fehlen jedoch Maßnahmen, die eine Umgehung des Verbots verhindern und eine effektive Strafverfolgung ermöglichen. Von dem Verbot werden nur Kinder geschützt, die die Diagnose „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ haben. Es besteht die Gefahr, dass Kinder aus dem Anwendungsbereich „herausdefiniert“ werden, um sie „behandeln“ zu können. Diese gesetzliche Lücke gilt es zu schließen.

<u>Forderungen</u>

Als Grüne Jugend NRW fordern wir:

- Die offizielle Anerkennung und Entschädigung des Leides, das intergeschlechtlichen Menschen durch nicht notwendige medizinische Eingriffe zugefügt wurde. Betroffene müssen angemessen entschädigt werden z.B. mit Geld.

- Eine verpflichtende, unabhängige Beratung durch qualifizierte Peer-Berater*innen vor jedem medizinischen Eingriff an intergeschlechtlichen Kindern. Viele Eltern haben sich vor der Geburt ihres Kindes noch nie mit Intergeschlechtlichkeit beschäftigt. Deshalb ist es wichtig, dass sie und ihre Kinder vorurteilsfrei und umfassend über mögliche Behandlungen, deren Folgen sowie über vorhandene Alternativen aufgeklärt werden.

- Transparenz in der Behandlungshistorie für intergeschlechtliche Menschen. Sie müssen nachvollziehen können, welche Behandlungen an ihnen durchgeführt worden sind, da ihnen diese oft verheimlicht worden sind. Dies vereinfacht ihnen eine mögliche Strafverfolgung.

- Mehr Sichtbarkeit für das Thema Intergeschlechtlichkeit im nächsten Verbandsjahr z.B. in Form von Bildungsarbeit.

Nichtbinärität und trans*

Verbandsintern

Die Geschlechtsidentität einer Person lässt sich nicht vom äußeren Erscheinungsbild ableiten. Trotzdem neigen Menschen dazu, Personen anhand ihres Erscheinungsbildes einem (meist binären) Geschlecht zuzuordnen. Davon leiten sie entsprechenden Pronomen ab. Ebenso entscheiden sie danach, wie sie eine Person quotieren.

Für cisgeschlechtliche Personen ist dies kein Problem. Bei TINA* Personen führt dies dazu, dass sie sich outen müssen, um mit den korrekten Pronomen angesprochen zu werden. Sie müssen sich auch outen, um richtig quotiert zu werden und um damit nicht durch eine ausbleibende Quotierung indirekt ihre Geschlechtsidentität abgesprochen zu bekommen. Dies ist anstrengend, psychisch und emotional belastend und kann auch verletzend sein. Gerade für TINA*-Personen, die sich in einer sozialen und/oder medizinischen Transition befinden, kann es sehr verletzend sein, misgendert zu werden.

Die Aufgabe, über die korrekte Verwendung von (Neo-)Pronomen oder die Bedürfnisse von TINA*-Personen aufzuklären, sollte jedoch nicht die alleinige Aufgabe von TINA* Personen sein. Diese sollte im Sinne einer solidarischen feministischen Praxis Aufgabe des ganzen Verbandes sein. In der Realität bleibt es dann meist doch bei den Betroffenen hängen.

Der Begriff FLINTA* als Sammelbegriff sollte gezielt verwendet werden. Er schließt nicht immer alle TINA*-Personen ein. Er ist kein Ersatz für (cis) Frauen. TINA*-Personen müssen sich nicht outen und beweisen, um TINA* zu sein.

Viele Strukturen in der GJ NRW sind noch viel zu binär. Dabei gibt es relativ einfache Möglichkeiten, Räumlichkeiten anzugleichen. Die Beschilderung an Sanitäranlagen lässt sich in vielen Einrichtungen überkleben. Dies sollte konsequent beibehalten werden. Wenn die Tagungsstätte dies nicht erlaubt, dann sollte eine andere Tagungsstätte gewählt werden. Unser Anspruch als GJ NRW sollte es sein, geschlechtsneutrale Toiletten bereitzustellen und diese auch barrierefrei.

Emanzipation und Inklusion sind kein „nice to have“, sondern ein Grundprinzip feministischer und emanzipatorischer Politik.

<u>Schutz vor Gewalt</u>

TINA*-Personen sind stark von Gewalt betroffen. Viele werden im Alltag angepöbelt, angegriffen und beleidigt. Trans*-Personen werden in öffentlichen Toiletten als Gefahr für cis Frauen dargestellt Dabei ist das Zuhause der gefährlichste Ort für Frauen ist. Laut der Studie „Transfeindliche Gewalt.

Verbreitung, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen in Berlin“ gaben 66 Prozent der trans* Personen an, innerhalb der letzten fünf Jahre transfeindliche Gewalt erlebt zu haben. 48 Prozent gaben an, innerhalb der letzten zwölf Monate Übergriffe erlebt zu haben.

Auch im Gesundheitssystem machen viele TINA*-Personen gewaltsame Erfahrungen. Das System ist ausbaufähig. Sie kämpfen im Gesundheitssystem um Anerkennung und mit der Krankenkasse um die Kostenübernahme. Ein Problem ist z.B., dass genderaffirmative Maßnahmen für nichtbinäre Personen von Krankenkassen selten übernommen werden. Dies ist ein riesiges Problem, da sich nicht jede*r die Kosten einer Mastektomie (Brustabnahme) oder Phalloplastik (Penisaufbau) leisten kann. Dies kann sich massiv auf die mentale Gesundheit auswirken.

Auch im Gesundheitssystem machen viele TINA*-Personen gewaltsame Erfahrungen. Das System ist ausbaufähig. Sie kämpfen im Gesundheitssystem um Anerkennung und mit der Krankenkasse um die Kostenübernahme. Ein Problem ist z.B., dass genderaffirmative Maßnahmen für nichtbinäre Personen von Krankenkassen selten übernommen werden. Dies ist ein riesiges Problem, da sich nicht jede*r die Kosten einer Mastektomie (Brustabnahme) oder Phalloplastik (Penisaufbau) leisten kann. Dies kann sich massiv auf die mentale Gesundheit auswirken. Damit wären alle bisherigen Nutzer*innen des Selbstbestimmungsgesetztes dauerhaft identifizierbar inklusive früheren Geschlechtseintrag und Deadname.

Das erhöht massiv das Risiko von Zwangsoutings und Anfeindungen und verstößt gegen das Offenbarungsverbot. Solche Register sind überflüssig und gefährlich: Die Geschichte zeigt, welche Risiken Listen von Minderheiten bergen.

TINA*-Personen brauchen Schutz vor Gewalt, nicht zusätzliche Gefährdung durch rechte Hetze. Auch wenn die Verordnung nicht am 17. Oktober im Bundesrat beschlossen wurde, bleibt die Gefahr für Verschärfungen bestehen.

Die Gleichstellung von TINA*-Personen ist durch das Selbstbestimmungsgesetz jedoch nicht abgeschlossen. Nichtbinäre Personen sind immer noch oft unsichtbar, da es beispielsweise keine entsprechenden offiziellen Anreden gibt. Auch die Teilhabe am Arbeitsleben, der Schule, Vereinen oder Dienstleistungen ist für TINA* oft mit negativen Erfahrungen verbunden.

<u>Forderungen</u>

Als Grüne Jugend NRW fordern wir:

- Eine Überarbeitung des Selbstbestimmungsgesetzes, die TINA*-Personen aktiv

schützt und geschlechtliche Selbstbestimmung aktiv stärkt. Sonderregister, die Deadnames oder frühere Geschlechtseinträge dauerhaft speichern, müssen verhindert werden. TINA* Personen müssen selbst entscheiden können, wer Zugriff auf ihre personenbezogenen Daten hat.

- Den wirksamen Schutz von TINA*-Personen vor Gewalt und Hetze. Die Gewalt an TINA* Personen muss gezielt dokumentiert und ausgewertet werden, um Strategien zum Schutz entwickeln zu können.

- Den Ausbau der Gesundheitsversorgung von TINA* Personen. Der Zugang zu geschlechtsaffirmativer Medizin darf keine Frage des Geldes und des Geschlechtes sein. Krankenkassen sollen verpflichtet werden, genderaffirmative Behandlungen vollständig für TINA*-Personen zu übernehmen.

- Um die Gleichstellung von FLINTA*-Personen gezielter vorantreiben zu können, soll ein Geschlechterstrategieteam in der Grünen Jugend NRW eingeführt werden. In dem Team soll neben den FLINTA* und offenen Plätzen mind. ein zusätzlicher Platz für eine TINA* Person sein. Zum Schutz vor etwaiger Anfeindungen, soll in öffentlicher Kommunikation des Verbands darauf geachtet werden, dass keine Aussage über die Geschlechtsidentität einer Person getätigt wird, außer die Person entscheidet sich dafür.

- Den Abbau binärer Strukturen in der Grünen Jugend NRW. Geschlechtsneutrale und barrierefreie Toiletten sollen auf allen Veranstaltungen der Grünen Jugend NRW sichergestellt werden. Räumlichkeiten, in denen das nicht möglich ist, sollen zukünftig nicht mehr genutzt werden. Ebenso ist es die Aufgabe des gesamten Verbandes, sich mit Bedürfnissen von TINA*-Personen auseinanderzusetzen. Aufklärungsarbeit darf nicht allein Aufgabe von TINA*-Personen sein.

TINA* Personen mit Be_hinderung

Personen mit Be_hinderung wird oft die Sexualität abgesprochen. Sie werden in ihrem Queer sein oder TINA*-Sein nicht ernst genommen. Diese Stimmen sollten in unserem Verband Gehör und Repräsentanz finden. Trotzdem sind Vorstände oft rein cisgeschlechtlich, und die Sensibilisierung für Be_hinderungen lässt sich noch ausbauen.

<u>Gewalt gegen be_hinderte TINA* Personen</u>

Sie machen spezifische Erfahrungen mit Gewalt und Sexualisierung. Diese bestehen

aus einer Gleichzeitigkeit von Sexualisierung und Entmündigung. Entweder werden sie hypersexualisiert und fetischisiert, oder ihnen wird ihre Sexualität und ihr TINA*-Sein vollständig abgesprochen. Auch linke Räume sind nicht frei von ableistischen und cisnormativen Bildern von „richtiger“ Queerness und „richtigem“ TINA*-Sein. Dabei gibt es keine Beweispflicht dafür, dass man eine Be_hinderung und/oder chronische Erkrankung hat. Nicht jede Be_hinderung und/oder chronische Erkrankung ist sichtbar. Es ist wichtig, Betroffenen zu glauben, da es übergriffig ist, Diagnosen offenlegen zu müssen.

TINA* Personen mit Be_hinderung werden doppelt diskriminiert

TINA*-Personen mit Be_hinderung sind einem noch höheren Risiko von Gewalt ausgesetzt und von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Beratungsangebote, queere Jugendtreffs etc. sind nicht immer barrierefrei, ihnen wird weniger geglaubt. Strukturelle Barrieren erschweren den Zugang.

Forderungen

Als Grüne Jugend NRW fordern wir:

- Intersektional zu denken und zu handeln: Barrierefreiheit und TINA* inklusive Ansätze müssen zusammengedacht, umgesetzt und in den Strukturen der Grünen Jugend NRW verankert werden.

- TINA*-Personen mit Be_hinderung brauchen mehr Sichtbarkeit. Ihre Stimmen müssen gehört werden. Vor allem intersektional: Sie müssen als Ganzes betrachtet werden und nicht entweder als be_hinderte Person oder als TINA* Person. Sie müssen als be_hinderte TINA* Personen betrachtet werden.

- Sensibilisierung und Bildung im Verband. Innerhalb der Grünen Jugend NRW müssen ableistische und cisnormative Denkmuster aktiv reflektiert und abgebaut werden.

- Die Anerkennung von Selbstdefinitionen und Privatsphäre. Niemand ist verpflichtet, Diagnosen oder Be_hinderungen offenzulegen. Aussagen über Be_hinderung und/oder TINA*-Sein müssen respektiert und geglaubt werden, ohne Beweispflicht oder Infragestellung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Ben Hilgers

Titel: **Mental Health ist Bildungsgerechtigkeit! Psychische Gesundheit in Schulen endlich ernst nehmen.**

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Grüne Jugend NRW fordert die Landesregierung auf, psychische Gesundheit als festen Bestandteil einer gerechten Bildungspolitik zu verankern und umfassende Maßnahmen zur Förderung mentaler Gesundheit an Schulen umzusetzen.

Konkret fordern wir:

1. Psychosoziale Fachkräfte an ALLEN Schulen
Keine Schule in NRW sollte ohne eine feste psychosoziale Fachkraft auskommen müssen. Eine Person, die zuhört, begleitet und im Notfall weiterhilft (z. B. Schulpsycholog*in, Sozialarbeiter*in). Diese Unterstützung muss landesweit dauerhaft finanziert werden und darf nicht von befristeten Programmen abhängen.

2. Prävention und Aufklärung im Schulalltag
Mentale Gesundheit soll selbstverständlicher Teil des Schulalltags sein. Regelmäßige Workshops zu Stressbewältigung, Achtsamkeit, Depression und Angststörungen sollen verbindlich stattfinden und gemeinsam mit Schüler*innenvertretungen, Fachstellen und der Wissenschaft entwickelt werden.

3. Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulpersonal
Lehrkräfte nehmen früh wahr, wenn etwas nicht stimmt. Doch oft fehlt ihnen

Sicherheit im Umgang. Verbindliche, praxisnahe Fortbildungen sollen Grundlagen zum Erkennen, Ansprechen und Weitervermitteln bei psychischen Belastungen bringen; ergänzt um Kenntnisse zu psychologischer Ersthilfe, Burnout-Prävention und diskriminierungssensiblem Handeln, insbesondere mit Blick auf queere Schüler*innen und Schüler*innen aus marginalisierten Gruppen.

4. Offener Umgang mit psychischer Gesundheit
Schulen sollen Orte sein, an denen über seelische Belastungen offen gesprochen werden kann. Eine landesweite Informations- und Sensibilisierungskampagne soll gemeinsam mit Schüler*innen entwickelt werden, um Wissen zu vermitteln und Hemmschwellen beim Hilfesuchen abzubauen.

5. Schneller Zugang zu Unterstützung
Schulen sollen feste Kooperationen mit Beratungsstellen, Therapeut*innen und der Jugendhilfe aufbauen. Schulpsycholog*innen oder Sozialarbeiter*innen sollen Schüler*innen gezielt an passende Unterstützungsangebote vermitteln können. Dass Hilfesuchende aufgrund von langen Wartezeiten oder unklaren Zuständigkeiten keine Hilfe erlangen, dürfen wir nicht länger hinnehmen.

6. Langfristige Verankerung im Schulgesetz
Langfristig soll der Schutz und die Förderung psychischer Gesundheit von Schüler*innen und Lehrkräften ausdrücklich im Schulgesetz NRW, gleichrangig mit körperlicher Gesundheit und Bildungsgerechtigkeit, verankert werden. Das schafft Verbindlichkeit und Planungssicherheit.

Begründung

Psychische Gesundheit ist laut Weltgesundheitsorganisation ein zentraler Bestandteil von Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit. Aktuelle Studien zeigen, dass psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland weiterhin hoch sind. Die COPSY-Studie (2024) stellt dar, dass rund 22% der Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten zeigen und 21 % sich in ihrer Lebensqualität eingeschränkt fühlen. Etwa 23% der Jugendlichen berichten über Angstsymptome, 17% gehören zu einer Risikogruppe, etwa aufgrund sozioökonomischer Benachteiligung, Migrationsgeschichte oder beengter Wohnverhältnisse.

Schule ist zentraler Lebensraum und damit ein entscheidender Ort für Prävention. Psychologische Forschung belegt, dass die Frühe Förderung emotionaler Kompetenzen, verlässliche Bezugspersonen und soziale Unterstützung das Risiko für Depressionen, Angststörungen und

Schulabbrüche senken.

Bildung bedeutet mehr als bloß akademisches Wissen. Zur umfassenden Bildung gehört auch das Erlernen von Strategien und Mechanismen zur Bewältigung von Problemen, um eine selbstbestimmte und gesunde Lebensführung zu ermöglichen. Das ist Teil des Bildungsauftrags und muss es auch bleiben. Persönlichkeitsbildung und die Förderung psychischer Gesundheit sind daher untrennbar miteinander verbunden. Wer psychisch stabil ist, kann sich besser auf fachliche Inhalte konzentrieren. Das schafft echte Chancengerechtigkeit.

Aus pädagogischer Sicht kann gute Bildung nur gelingen, wenn Schüler*innen sich sicher, gesehen und psychisch stabil fühlen. Wer unter chronischem Druck oder Angst steht, lernt schlechter. Mentale Gesundheit ist somit Voraussetzung für Lernerfolg und Bildungsgerechtigkeit.
Eine Schule, die psychische Gesundheit stärkt, fördert Resilienz, Empathie und Selbstwirksamkeit. Genau das sind die Kompetenzen, die junge Menschen in einer komplexen Welt brauchen.

Als Grüne Jugend NRW sagen wir: Mentale Gesundheit ist politisch. Wir wollen ein Bildungssystem, das Menschen stärkt, nicht nur bewertet. Das heißt: weniger Druck, mehr Zeit, mehr Räume für Austausch und echte Unterstützung, damit kein*e Schüler*in morgens mit Bauchschmerzen in die Schule gehen muss. Psychische Gesundheit darf kein Luxus sein, sondern ist ein Recht.

V4

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Tobias Lorscheid (Grüne Jugend Rhein-Sieg)

Titel: **Der ländliche Raum braucht uns! Ein Konzept zum Festigen von GJ Strukturen in ganz NRW**

Antragstext

Ob in Kleinstädten, Dörfern oder Regionen ohne Großstadtanbindung – junge Menschen engagieren sich für Klimaschutz, Feminismus, Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit. Doch vielerorts fehlt die strukturelle Unterstützung. Kreisverbände kämpfen jedes Jahr aufs Neue ums Bestehen oder müssen die Arbeit teils niederlegen. Neugründungen gibt es zum Glück vereinzelt, wie in Siegen-Wittgenstein oder im Kreis Soest, aber ein strukturiertes Konzept vom Landesverband könnte den Prozess vereinfachen!

Während städtische Kreisverbändemeist über hohe Mitgliederzahlen, viele aktive Menschen und dadurchKapazitäten (z. B. in Form von Social-Media-Teams oderAwareness-Teams)verfügen, stehen viele Verbände im ländlichen Raum vor Herausforderungen: Fehlende Räume, wenig Sichtbarkeit, geringe Ressourcen und zu wenig Vernetzung. Damit die GRÜNE JUGEND ein Verband für alle jungen Menschen in NRW bleibt, müssen wir diese Unterschiede aktiv ausgleichen.

Darum fordern wir, das der Landesvorstand zeitnah einumfangreiches **landesweites Konzept** zur Stärkung des ländlichen Raums entwickelt, das bestehende Strukturen stärkt, den Aufbau neuerVerbände im ländlichen Raum begünstigt und dauerhafte Unterstützung sicherstellt.

Für die Umsetzung schlagen wir folgende Kernaspekte vor:

- **Gezielte Mitgliedergewinnung außerhalb der Städte.**

  Dazu braucht es Strategien, um junge Menschen in ländlichen Regionen

anzusprechen – durch lokale Kampagnen, Kooperationen mit Orgas vor Ort, wie Vereinen, Initiativen und Gewerkschaften.

- **Kommunikative Unterstützung.**

  Der Landesvorstand soll ländliche Verbände in seiner Öffentlichkeitsarbeit sichtbarer machen. Des Weiteren können Sharepic-Vorlagen und Entwürfe für die eigene Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Kreisverbänden helfen.

- **Fortführung und Ausbau von Aktionspaketen.**

  Die bisherigen Aktionspakete sind ein wichtiger Schritt – jetzt braucht es langfristigen Support und eine feste Ansprechperson, die Verbände aktiv begleiten und unterstützen kann.

- **Schaffen von (digitaler) Infrastruktur.**

  Zum Austausch von „best practice“ oder zum einfachen Vernetzen sollen innerhalb des Landesverbandes verbindliche Strukturen geschaffen werden: Eine Signal-Gruppe, einen Ordner in der Wolke und regelmäßige Treffen sind hier erforderlich.

- **Gemeinsame Ressourcennutzung.**

  Finanzielle, personelle und organisatorische Kapazitäten müssen zwischen Stadt und Land aufgeteilt werden (wie bereits zwischen den Kreisverbänden Bonn, Rhein-Sieg und Rhein-Erft), damit engagierte Menschen überall die gleichen Chancen haben! Personelle Kapazitäten können in Form von Zusammenarbeit zwischen ländlichen und städtischen Kreisverbänden (z. B. Unterstützungen beim Organisieren von Kreismitgliederversammlungen) aufgeteilt werden. So kann eine konkrete Entlastung für den ländlichen Raum aussehen.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND versteht sich als Verband für alle jungen Menschen in NRW und bundesweit – unabhängig davon, ob sie in Köln, Eitorf oder Höxter leben. Doch strukturelle Unterschiede führen aktuell

dazu, dass Engagement im ländlichen Raum oft auf wenigen Schultern ruht. Ohne dauerhafte Unterstützung drohen Verbände zu verschwinden, bevor sie richtig wachsen können.

Ein starkes Netzwerk braucht starke Grundlagen: Stabile Strukturen, verlässliche Kommunikation und das Gefühl Teil eines großen Ganzen zu sein. Gerade in Zeiten, in denen rechte Kräfte auf dem Land gezielt Räume besetzen wollen, ist unsere Präsenz dort wichtiger denn je. Der ländliche Raum darf nicht untergehen, nur weil er leiser ist.

Aktionspakete und bisherige Besuche im Wahlkampfvon Seiten des Landesvorstandssind ein wichtiger Anfang – aber sie reichen nicht. Jetzt braucht es den vollen Support des Landesvorstands und der GRÜNE JUGEND NRW, um die GRÜNE JUGEND überall sichtbar, handlungsfähig und Zukunftsfest zu machen. Der ländliche Raum braucht uns – und wir brauchen ihn.

V5

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Vorstand Grüne Jugend Siegen-Wittgenstein (dort beschlossen am: 22.10.2025)

Titel: **Saniunfair - Für ein Recht auf kostenlose Infrastruktur!**

Antragstext

In den letzten Jahren ist die öffentliche Infrastruktur in vielen Städten und Gemeinden zunehmend privatisiert, vernachlässigt oder schlicht abgebaut worden.

Was einst selbstverständlich war – frei zugängliche Toiletten, Trinkwasserstellen, Sitzgelegenheiten oder Räume zum Verweilen – wird heute immer öfter zu einer Frage des Geldbeutels.

Ein besonders anschauliches Beispiel dafür sind die Sanitäranlagen vieler Raststätten und Bahnhöfe: Während Konzerne wie Sanifair Gewinne machen – und damit auch internationale Investoren, etwa Fonds in Ländern wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, finanzieren – müssen Menschen für das Grundrecht auf Würde, also den Gang zur Toilette, bezahlen.

So wird aus einem menschlichen Grundbedürfnis ein kapitalistisches Geschäftsmodell – und das trifft besonders Menschen mit geringem Einkommen.

Öffentliche Infrastruktur ist die Basis für soziale Teilhabe. Sie schafft Orte der Begegnung, der Erholung und der Gerechtigkeit – unabhängig vom Einkommen.

Wenn öffentliche Räume zunehmend durch Konsum ersetzt werden, verlieren wir das, was Stadt und Gemeinschaft ausmacht.

Wir fordern:

1. **Mehr kostenlose, öffentlich finanzierte Toilettenanlagen** in Städten, Gemeinden, an Bahnhöfen, Haltestellen und Raststätten – barrierefrei, sicher und regelmäßig gereinigt.

2. **Die Enteignung von Tank & Rast und ähnlichen Bezahltoiletten-Anbietern**, sollten sie sich weiter für eine gewinnorientierte statt einer gemeinwohlorientierten Toiletteninfrastruktur einsetzten.

3. **Das Ende von Bezahltoiletten.** Sanifair & Co. dürfen nicht länger an einem Grundbedürfnis verdienen.

4. **Gendergerechte und inklusive Toilettenanlagen** als Standard in allen öffentlichen Gebäuden und Verkehrseinrichtungen. Niemand darf aufgrund seines Geschlechts oder seiner Identität von der Nutzung öffentlicher Infrastruktur ausgeschlossen werden.

5. **Kostenlose Menstruations- und Hygieneprodukte** in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Universitäten, Bahnhöfen und kommunalen Einrichtungen. Der Zugang zu Hygiene darf keine Frage des Geldes sein.

6. **Effiziente Klimafolgenanpassung in allen Kommunen.** Das heißt: Trinkbrunnen, Wetterschutz und Aufenthaltsorte müssen überall selbstverständlich werden.

7. **Ein landesweites Förderprogramm für öffentliche Infrastruktur**, das Kommunen beim Ausbau und der Instandhaltung von kostenfreien Trinkwasserbrunnen, Sitzgelegenheiten, Wetterschutzanlagen und Begegnungsorten unterstützt.

8. **Sitzgelegenheiten ohne „Obdachlosen-Abwehr“.** Öffentliche Möbel müssen allen Menschen offenstehen – nicht nur denen, die als „erwünscht“ gelten.

9. **Mehr Räume ohne Konsumzwang.** Innenstädte, Bahnhöfe, Parks und öffentliche Plätze sollen Orte des Verweilens, der Begegnung und der Erholung sein – ohne Kaufpflicht, Eintritt oder Konsumzwang.

10. **Eine landesweite Kampagne der Grünen Jugend NRW** unter dem Motto:*„Öffentlich statt Profit – Stadt für alle!“.* Diese Kampagne soll auf die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur aufmerksam machxxen, lokale Missstände aufzeigen und Forderungen an Politik und Betreiber:innen formulieren.

11. **Druck auf die Landesregierung**, um gesetzlich sicherzustellen, dass Grundversorgungseinrichtungen (z. B. Toiletten, Trinkwasser, Sitzmöglichkeiten) als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge verstanden und entsprechend finanziert werden.

Öffentliche Infrastruktur ist keine Luxusfrage, sondern Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Sie ermöglicht Teilhabe, Sicherheit und Lebensqualität – für alle, unabhängig von Einkommen oder Lebenslage.

Wenn grundlegende Bedürfnisse wie der Zugang zu Toiletten, Wasser oder Hygiene zur Ware werden, verletzt das nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern auch Menschenwürde.

Frei zugängliche, **gendergerechte Toiletten**, kostenlose Menstruationsprodukte und **Räume ohne Konsumzwang** sind Teil einer solidarischen Gesellschaft, die niemanden ausschließt.

Deshalb fordern wir: Schluss mit Profit auf Kosten der Öffentlichkeit – her mit einer echten, solidarischen und feministischen Infrastrukturpolitik!

Begründung

Die GRÜNE JUGEND ist ein Verband, der sich dafür einsetzt, dass alle Menschen am Leben teilnehmen können. Dafür müssen Barrieren (in welcher Form auch immer) abgebaut werden. Vor allem eine immer weiter fortschreitende Kommerzialisierung öffentlicher Infrastuktur ist dabei besonders erschreckend.

Als antikapitalistischer Jugendverband müssen wir für eine Infrastruktur kämpfen, die nicht auf Profit sondern auf Solidarität guckt. Wer mit Grundbedürfnissen Geld verdient, handelt unmenschlich! Als Extrembeispiel ist

hier wohl der Autobahnmonopolist "Tank und Rast" zu nennen, die besonders für den Toilettendienstleister "Sanifair" bekannt sind. Das der Name irreführend wirken könnte, ist der Firma selbst dabei anscheinend nicht bewusst. Mit dem Konzept von "Sanifair" wird unter anderem ein Fond des Emirat Abu Dhabi finanziert (https://www.stern.de/wirtschaft/news/sanifair-bald-noch-teurer--tank-rast-an-allianz-und-abu-dhabi-verkauft-6415634.html) - Ein Land, dass die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Stattdessen sollte man Räume schaffen, die Menschen nutzen wollen und können. Es braucht mehr Räume ohne Konsumzwang und ohne Barrieren für Menschen!

V6

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW (dort beschlossen am: 22.10.2025)

Titel: **Arbeitsprogramm 2025/2026**

Antragstext

Das nächste Verbandsjahr der GRÜNEN JUGEND NRW steht klar im Zeichen von Feminismus und Antifaschismus. Wir erleben täglich, dass rechte und faschistische Kräfte zunehmend Einfluss gewinnen und gezielt FLINTA*-Personen sowie queere Rechte angreifen. Diese Angriffe sind kein Zufall: Faschistische Ideologien sind immer patriarchal und nutzen starre Geschlechterrollen, um ihre Macht zu festigen. Wer eine emanzipierte und solidarische Gesellschaft will, muss Feminismus und Antifaschismus gemeinsam denken. Gleichzeitig befinden sich linke Kräfte aktuell politisch in einer Defensivposition. Um wirksam gegen rechte und patriarchale Strukturen vorzugehen, müssen wir unsere Strategien überdenken, Bündnisse stärken und aktiv Handlungsspielräume erschließen. Es gilt, aus defensiven Mustern herauszutreten, politische Initiative zu übernehmen und feministische wie antifaschistische Kämpfe selbstbewusst in die gesellschaftliche Debatte einzubringen.

Doch ist Faschismus nicht nur eine Ideologie, sondern ein Werkzeug, um kapitalistische Machtverhältnisse zu erhalten und verschärfen. Repressive und autoritäre Politik dient dazu, soziale Ungleichheit zu legitimieren und den Status quo zu sichern. Die Unterdrückung von Frauen, trans*, inter* und nicht binären Personen ist Teil dieses Systems: Sie spaltet, schwächt solidarische Bewegungen und hält patriarchale Herrschaft aufrecht.

Als GRÜNE JUGEND NRW erkennen wir diesen Zustand und treten ihm entschlossen entgegen: Antifaschismus muss feministisch sein – und Feminismus muss immer auch kapitalismuskritisch sein. Gleichzeitig sehen wir, dass antifaschistische Strukturen in unserer Gesellschaft oft cis-männlich dominiert sind. Auch

innerhalb linker Bewegungen gibt es patriarchale Dynamiken, die FINTA*-Personen marginalisieren. Wir setzen uns dafür ein, feministische Perspektiven in allen politischen Kämpfen zu verankern, FINTA*-Personen zu empowern und queere Kämpfe sichtbar zu machen.

Das Ziel der GRÜNEN JUGEND NRW ist eine solidarische Gesellschaft jenseits von Faschismus und Kapitalismus, in der alle Menschen frei und sicher leben können.

Parteiarbeit

Für uns als GRÜNE JUGEND NRW ist klar: Politische Veränderung braucht nicht nur lautstarke Bewegungen auf der Straße, in Bündnissen und Initiativen, sondern auch konsequente Arbeit in den bestehenden politischen Strukturen. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen ist für uns ein zentrales Werkzeug, um unsere Inhalte in die Parlamente und die öffentliche Debatte zu tragen. Parteiarbeit bedeutet für uns daher nicht, sich in bürokratischen Abläufen zu verlieren, sondern die vorhandenen Räume und Möglichkeiten zu nutzen, um linke Politik wirksam zu machen.

Unsere politische Praxis richtet sich dabei immer an unseren Grundsätzen aus: sozial, ökologisch, feministisch und antifaschistisch. Parteiarbeit ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um unsere Ideen – etwa konsequenten Klimaschutz, Umverteilung von Reichtum, eine offene Gesellschaft und eine gerechte Migrationspolitik – in konkrete Beschlüsse und Programme zu übersetzen. Gerade in Zeiten, in denen rechte Kräfte versuchen, die Gesellschaft nach hinten zu ziehen, wollen wir als stark llinke Kraft innerhalb der Partei ein klares Gegengewicht setzen.

Damit das gelingt, braucht es eine aktive und sichtbare GRÜNE JUGEND NRW in den Strukturen der Partei. Unsere Landessprecher*innen nehmen regelmäßig an den entsprechenden Gremiensitzungen teil, bringen dort unsere Positionen ein und stellen sicher, dass die Stimme der Jugend in der Partei nicht überhört wird. Zur Stärkung der Präsenz insbesondere im Vorfeld der Listenaufstellung zur Landtagswahl 2027 werden wir auf der nächsten Frühjahrs-LMV Voten für die Landtagswahl vergeben. Der Landesvorstand schlägt dazu ein Verfahren vor.

Ebenso wichtig ist es uns, unsere Kreisverbände zu stärken und zu unterstützen. Vor Ort entscheidet sich, wie Partei- und Jugendverbandsarbeit ineinandergreifen. Die GRÜNE JUGEND NRW will ihre Strukturen so weiterentwickeln, dass Kreisverbände nicht isoliert agieren müssen, sondern gemeinsam voneinander profitieren.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf das Verhältnis zu anderen linken Akteur*innen innerhalb der Partei. Unser Anspruch ist es, Bündnisse zu schmieden und gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Partei konsequent für eine gerechte und solidarische Gesellschaft kämpft.

Öffentlichkeitsarbeit

Wir wollen unsere politischen Positionen nicht nur nach innen tragen, sondern vor allem nach außen deutlich machen: in die Presse, in die sozialen Netzwerke und in die alltäglichen Diskussionen.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Präsenz in der Landespresse. Wir wollen unsere Expertise und Positionen in aktuellen politischen Auseinandersetzungen einbringen und eigene Themen setzen. Ziel ist es, die GRÜNE JUGEND NRW als relevanten Akteur in landespolitischen Debatten zu etablieren.

Darüber hinaus setzen wir auf eine Social-Media-Arbeit, die nicht nur unsere Reichweite vergrößert, sondern auch unsere Inhalte zugänglich, kreativ und pointiert vermittelt. Wir wollen aktuelle Ereignisse schnell aufgreifen, eigene Kampagnen entwickeln und die digitalen Plattformen nutzen, um Menschen für linke Politik zu begeistern.

Bündnisarbeit

Bündnisarbeit basiert für uns auf einem belastbaren Vertrauensverhältnis, das kontinuierlich aufgebaut und gepflegt werden muss. Nur auf dieser Grundlage können wir gemeinsam wirksam für gesellschaftliche Mehrheiten streiten, Aufmerksamkeit erzeugen und linke Politik sichtbar machen. Unsere Bündnisarbeit ist immer politisch und verfolgt das Ziel, Themen gemeinsam zu setzen und Diskursmacht zu gewinnen.

Ein Schwerpunkt bleibt die gewerkschaftliche Vernetzung. Wir wollen unsere Kontakte zu Gewerkschaften verstetigen und ausbauen, um Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und soziale Sicherheit zu verbinden.

Wir verstehen uns als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung. Die enge Zusammenarbeit mit Fridays For Future NRW bleibt für uns zentral. Der 2025 aufgenommene Gesprächsfaden zu Akteur*innen aus Umwelt- und Naturschutz, Landjugend und Hochschulpolitik soll projektbasiert vertieft werden. Ein wesentliches Augenmerk liegt auf der Vernetzung und Vertrauensbildung zwischen der GRÜNEN JUGEND NRW und jüdischen Organisationen, wie dem JSV NRW. Ziel ist es, jüdisches Leben im Verband sichtbarer und sicherer zu machen.

Darüber hinaus wollen wir feministische Bündnisse stärken. Ob im Kampf gegen sexualisierte Gewalt, für reproduktive Rechte oder für gerechte Care-Arbeit – wir sehen uns als Teil einer breiten feministischen Bewegung und wollen gemeinsam dafür sorgen, dass feministische Perspektiven in allen gesellschaftlichen Kämpfen sichtbar werden.

Bildungsarbeit

Starke Bildungsarbeit ist ein zentrales Handlungsfeld der GRÜNEN JUGEND NRW. Wir wissen, dass wir als linker Jugendverband die Welt nur dann in unserem Sinne verändern können, wenn wir die aktuellen Verhältnisse umfassend analysieren und daraus politische Antworten auf die Ungerechtigkeiten ableiten können.

Als GRÜNE JUGEND NRW haben wir den Anspruch, alle Mitglieder auf verschiedenen Ebenen abzuholen und Angebote für alle Wissensstände anzubieten. Mit unterschiedlichen Formaten wollen wir mit Bildungsarbeit alle aus- und weiterbilden und so die Grundlage für politische Veränderung schaffen

Im kommenden Jahr wollen wir als Grüne Jugend NRW unsere politische Arbeit entlang eines klaren roten Fadens gestalten: Wir wollen verstehen, wie rechte Strukturen lokal, landesweit und international wirken – und daraus eine gemeinsame Strategie entwickeln, um als gesellschaftliche Linke aus der Defensive herauszukommen. Die Bedrohung durch die AfD und den wachsenden Faschismus ist real und akut. Wir haben keine Zeit mehr, auf Angriffe nur zu reagieren – wir müssen handlungsfähig, sichtbar und offensiv werden. Gleichzeitig dürfen wir dabei unsere anderen Kämpfe nicht aus dem Blick verlieren: Klimagerechtigkeit, Feminismus, Antirassismus und soziale Fragen bleiben eng miteinander verknüpft und sind Teil einer gemeinsamen linken Perspektive.

Auf der Frühjahrs-LMV wollen wir die Grundlage dafür legen. Im Zentrum steht die Analyse rechter Strukturen und die Entwicklung einer antifaschistischen Gesamtstrategie für die Grüne Jugend NRW. Wir wollen verstehen, wie rechte Netzwerke lokal und landesweit agieren, wie internationaler Faschismus die Lage in Deutschland beeinflusst und welche Räume uns als Linke bleiben, um Gegenmacht aufzubauen. Gleichzeitig geht es darum, eine gemeinsame politische Haltung zu entwickeln: Wie kann die Grüne Jugend ein konsequent antifaschistischer Verband sein, der Feminismus, Antirassismus und Klimagerechtigkeit zusammendenkt und praktisch verbindet?

Das Sommercamp wird dann Raum bieten, um diese Analyse in Praxis zu übersetzen. Hier steht die Stärkung unserer Handlungsfähigkeit im Vordergrund – durch

politische Bildung, Skills und Empowerment. Wir wollen lernen, wie wir vor Ort wirksam werden können, wie solidarische Bündnisse funktionieren und wie linke Offensive konkret aussehen kann.

Die Herbst-LMV schließlich soll den Blick auf das richten, was vor uns liegt. Sie ist eine der letzten großen Versammlungen vor der Landtagswahl und soll uns als Verband politisch, inhaltlich und strategisch stärken. Im Vordergrund steht, wie wir als Grüne Jugend in einem zunehmend rechten Klima offensiv, laut und solidarisch bleiben können. Wir wollen unsere antifaschistische Haltung klar nach außen tragen, die Rolle der gesellschaftlichen Linken im Wahljahr betonen und gleichzeitig zeigen, dass wir Klimagerechtigkeit, soziale Sicherheit und Feminismus als untrennbare Zukunftsfragen verstehen.

Train the Trainers

Wir wollen wieder das Weiterbildungsprogramm ähnlich zu Train the Trainers reaktivieren. In diesem Programm werden erfahrene Mitglieder und Verantwortungsträger*innen dazu ermächtigt, ihr Wissen im Verband weiterzugeben. Es soll eine Mischung aus inhaltlicher sowie methodischer Schulung angeboten werden. Langfristig schaffen wir es dadurch, dass immer mehr Mitglieder Zugang zu Bildungsarbeit bekommen und flächendeckend qualitative Bildungsarbeit in den Kreisverbänden stattfindet.

Finanzen

Eine solide Finanzplanung ist die Grundlage für unsere politische Arbeit. Dank der erhöhten Mittel aus dem Ring Politischer Jugend können wir unsere Bildungsarbeit gut ausbauen und unsere Landesmitgliederversammlungen sowie Veranstaltungen in Jugendherbergen vorerst weiterfinanzieren.
Damit schaffen wir gute Rahmenbedingungen für ein lebendiges Verbandsjahr. Unser Ziel ist es, Angebote wie Train-the-Trainers und neue Formate langfristig abzusichern. So professionalisieren wir den Verband, sichern Planungssicherheit und ermöglichen vielen Menschen, sich einzubringen.
Gleichzeitig wissen wir, dass die kommenden Jahre durch kostenintensive Wahlkämpfe geprägt sein werden. Deshalb behalten wir eine stabile Haushaltsführung im Blick: Wir streben eine schwarze Null an, prüfen unsere Ausgaben genau und wollen Belastungen für Eigenmittel gering halten.
Darüber hinaus wird die Finanzierung der Ost-Verbände eine Belastung darstellen. Hier gilt es, im gesamten Verband solidarische Lösungen zu entwickeln und zu prüfen, inwiefern finanzstärkere Landesverbände zur Unterstützung beitragen können.

Kommunales

Nach der Kommunalwahl im September sind erneut viele Mitglieder unseres Verbandes in Räte, Bezirksvertretungen und weitere kommunale Gremien gewählt worden. Die Aufgaben unserer Kommunali-Strategie basiert auf folgenden Schwerpunkten:

- Vernetzung und Wissen: Wir wollen eine permanente Struktur etablieren, die in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand die verbandsinternen Kommunali-Aktivitäten koordiniert. Diese Struktur wird über ein neues Kommunali-Team ermöglicht. Ziel ist es unter anderem, ein ganztägiges Format anzubieten, in dem Workshops und Vernetzungsrunden, Wissensaustausch und Weiterbildung für Kommunalis und interessierte Menschen ermöglichen. Dieser Tag wird vom Landesvorstand, dem Kommunali- und Bildungsteam gemeinsam organisiert.

- Kommunalpolitische Initiativen: Eine verbesserte Kommunalivernetzung soll auch einen direkten inhaltlichen Mehrwert liefern. Ziel ist es, Kampagnen auch durch Initiativen in den kommunalen Grremien zu untersützen. Eine linke Kommunalpolitik für NRW fällt nicht vom Himmel, sie muss organisiert werden. Unsere Vernetzung soll die Schnittstelle zwischen linker Analyse und deren Übersetzung in praktische politische Kämpfe vor Ort sein. Um voneinander profitieren zu können wollen wir Weiterbildungsangebote anbieten, sowohl speziell für unsere Kommunalis als auch für an Kommunalpolitik interessierte Mitglieder.

Antirassistische Strategien im Verband

Auf Landesebene setzen wir einen besonderen Fokus auf die Umsetzung und Weiterentwicklung unserer antirassistischen Verbandsstrategie. Mit Unterstützung des Antirassismusteams NRW wollen wir diese Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesteam der GRÜNEN JUGEND im kommenden Jahr intensivieren und stärker im gesamten Verband verankern.

Ein wichtiger Bestandteil ist dabei die gezielte Förderung und Vernetzung von migrantisierten Mitgliedern. Die Vernetzungsangebote, die wir in den letzten Jahren auf die Landesmitgliederversammlungen geholt haben, wollen wir fortsetzen. Mit den Fördertagen für migrantisierte Menschen haben wir ein dauerhaftes Förderformat etabliert – dieses Angebot soll verstetigt und weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus wollen wir auch in Zukunft analoge Aktionstage durchführen. Mit dem dezentralen Antira-Aktionstag konnten wir zeigen, dass wir aktuelle Themen erfolgreich aufgreifen und landesweit sichtbar machen können.

Bei unserer Antira-Strategie unterscheiden wir zwischen Förder- und Bildungsangeboten. Während Förderangebote gezielt für migrantisierte Mitglieder angeboten wird, bleibt Bildungsarbeit insbesondere für nicht-migrantisierte Mitglieder im Verband zentral. Im kommenden Jahr wollen wir noch stärker mit den Kreisverbänden daran arbeiten unsere antirassistischen Strategien in die Kreisverbände zu tragen.

Antirassismus trifft Feminismus

Unsere antirassistische Arbeit ist untrennbar mit feministischen Kämpfen verbunden. Diskriminierung wirkt niemals eindimensional, sondern immer intersektional. Besonders migrantisierte FINTA*-Personen erleben tagtäglich, wie sich Rassismus und patriarchale Strukturen verschränken und gegenseitig verstärken. Deshalb legen wir in unserer antirassistischen Arbeit einen starken Fokus auf Intersektionalität: Wir wollen die vielfältigen Verschränkungen von Unterdrückung sichtbar machen und in unserer Strategie konsequent berücksichtigen.

FLINTA*-*Förderung*

Unser Verbandsjahr steht klar im Zeichen von Feminismus und der gezielten Förderung von FLINTA*-Personen (Frauen, inter*, nicht binäre, trans* und agender Personen). Wir möchten FLINTA*-Personen empowern und stärken, insbesondere mit Blick auf politische Ämter und Führungsrollen. Gleichzeitig wollen wir alle Mitglieder in feministischen Themen weiterbilden, um Diskriminierungen abzubauen und solidarische Strukturen zu schaffen.

Dazu planen wir unter anderem ein FLINTA*-Förderwochenende als Raum für Vernetzung, Empowerment und politische Bildung, sofern der finanzielle Rahmen es zulässt. Außerdem möchten wir verstärkt darüber nachdenken, wie wir inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen sichtbarer machen und ihre Perspektiven in unserer Arbeit fest verankern. Weitere Details dazu sind in unserer FLINTA*-Strategie zu finden.

Inklusion

Im kommenden Jahr möchten wir unsere Arbeit für mehr Inklusion, Barrierefreiheit und gegen Ableismus im Verband weiter vertiefen. Unser Ziel ist es, bestehende

Hürden für Menschen mit Behinderungen sowie mit chronischen oder psychischen Erkrankungen sichtbar zu machen und konsequent abzubauen.

Dazu gehört, dass wir bei Landesmitgliederversammlungen weiterhin hybride Workshop-Formate anbieten, damit alle Mitglieder unabhängig von individuellen Voraussetzungen am Bildungsprogramm teilnehmen können. Auch die Feedbackrunde für Menschen mit Behinderungen wollen wir fest etablieren, um unsere Veranstaltungen Schritt für Schritt barriereärmer zu gestalten.

Auf unseren Social-Media-Kanälen werden wir auch künftig Wert auf umfassende Bildbeschreibungen legen. Ebenso bleibt es unser Anspruch, den Themenbereich Inklusion in die Weiterentwicklung unseres Bildungsangebotes einzubinden. Denn eine inklusive Lernatmosphäre und ein Verband, in dem Teilhabe selbstverständlich sein sollte, geht uns alle an.

Damit Inklusion nicht nur Schlagwort bleibt, wollen wir zusätzlich mit dem AK Inklusion und gegen Ableismus Vernetzungsmöglichkeiten schaffen und Menschen mit Behinderungen sowie mit chronischen und psychischen Erkrankungen aktiv fördern. So stellen wir sicher, dass ihre Perspektiven im Verband sichtbar werden und gestärkt in unsere gemeinsame Arbeit einfließen.

Ein wichtiger Baustein wird außerdem ein Social-Media-Aktionstag zu Inklusion und Barrierefreiheit sein, den der AK Inklusion und gegen Ableismus mit begleitenden Workshops gestalten wird. So sorgen wir für mehr Wissen, Sensibilisierung und konkrete Handlungsimpulse im gesamten Verband.[SL2]

Kreisverbände

Kreisverbände sind das Herzstück der GRÜNEN JUGEND – hier findet unsere politische Schlagkraft statt. In ihnen gewinnen wir neue Mitglieder, tragen Kampagnen auf die Straße und schaffen direkten Kontakt zu den Menschen, die wir organisieren wollen. Wenn wir unsere Analysen in die Breite tragen und Ungerechtigkeiten wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir starke Kreisverbände vor Ort.

Deshalb werden wir auch im kommenden Jahr Kreisverbands-Landesverbands-Treffen durchführen. Dort bilden wir uns inhaltlich und methodisch weiter, diskutieren aktuelle Themen, vernetzen uns und stärken den Austausch zwischen den Kreisverbänden. Geplant sind zwei mehrtägige Treffen, ergänzt durch spezifische Vernetzungsrunden für Sprecher*innen, Schatzmeister*innen und politische Geschäftsführer*innen.

Besonders im Blick behalten wir die ländlichen und strukturschwachen Regionen. Denn während es in großen Uni-Städten manchmal leichter ist, eine GRÜNE JUGEND aufzubauen, stehen strukturschwache und ländliche Kreisverbände häufig vor größeren Hürden. Deshalb wollen wir sie gezielt unterstützen und fördern. Gemeinsam entwickeln wir Strategien, wie politische Arbeit auch im strukturschwachen und ländlichem Raum wirkungsvoll gestaltet werden kann.

Doch unsere Arbeit darf sich nicht nur auf zentrale Veranstaltungen beschränken. Viele Fragen lassen sich nur durch kontinuierliche Begleitung beantworten. Deshalb wird der Landesvorstand die Kreisverbände noch enger betreuen und als Ansprechpartner*in zur Verfügung stehen – etwa bei Auftaktklausuren, strategischen Planungen oder in der laufenden Vorstandsarbeit. Auch die Bezirkskoordinierenden werden wir weiterhin unterstützen, da sie ein wichtiger Ankerpunkt für Vernetzung und Zusammenarbeit sind.

Bezirke

Unsere fünf Bezirksverbände haben sich in den letzten Jahren auf unterschiedliche Weise als Ebene der Vernetzung und des Austauschs etabliert. Für viele Mitglieder sind benachbarte Kreis- und ihre Bezirksverbände erste Anlaufpunkte für überregionale Vernetzung. Wir wollen die Bezirksverbände zielgerichtet dabei unterstützen, diese wichtige Funktion wahrnehmen zu können. Dazu wollen wir den Koordinierendenkreisen anbieten, sie bei ihrer Konstituierung und Zielfindung zu begleiten. Darüber hinaus wollen wir als Landesvorstand im kommenden Verbandsjahr einen gemeinsamen politischen Austausch mit allen Bezirkskoordinierenden durchführen.

Vorbereitung Landtagswahl

Im Jahr 2027 stehen die nächsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen an. Um gut vorbereitet und kampagnenfähig zu sein, wollen wir als GRÜNE JUGEND NRW frühzeitig strategisch planen. Ab Ende des nächsten Verbandsjahres werden wir ein Kampagnenteam einsetzen, das die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung koordiniert und eine klare Strategie für unsere landesweite Präsenz entwickelt.

Darüber hinaus möchten wir erneut mit Spitzenkandidat*innen ins Rennen gehen, um unsere politischen Inhalte und Perspektiven in den Wahlkampf einzubringen. Unser Ziel ist es, als GRÜNE JUGEND NRW geschlossen, sichtbar und handlungsfähig in die Landtagswahl 2027 zu starten.

V7

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Mara Kleine

Titel: **Gasbohrungen vor Borkum verhindern - NRW muss Verantwortung übernehmen!**

Antragstext

Vor Borkum, nur 200m entfernt vom Weltnaturerbe Wattenmeer, bohrt der niederländische Konzern One Dyas in der Nordsee nach dreckigem Erdgas. Das Gasfeld befindet sich je zur Hälfte unter der niederländischen und der deutschen Nordsee.

Die Gasbohrungen vor Borkum sind katastrophal für das Wattenmeer, die Meerestiere, Borkum, die Energiewende und unser Klima.

Gas ist eine fossile Sackgasse und ein absoluter Klimakiller - fossiles Gas besteht hauptsächlich aus Methan, einem Treibhausgas, das in einem Zeitraum von 20 Jahren 84-mal stärker wirkt als CO2.

Weniger als 1% des Gasverbrauches in Deutschland würden mit diesen Gasbohrungen abgedeckt werden: Für die Versorgungssicherheit ist dieses Gas also vollkommen unbedeutend.

Gleichzeitig haben die Gasbohrungen massive Auswirkungen auf das maritime Ökosystem: Schwermetalle und toxische Stoffen werden ins Meer geleitet, der Meeresboden könnte sich um mehrere Zentimeter absenken und schadet den Riffen und der Unterwasserlärm beeinträchtigt Tiere und kann zu anhaltenden, starken Belastungen & körperliche Schäden und sogar zum Tod führen.

Außerdem bergen die Gasbohrungen, durch das Absenken des Meeresbodens, die Gefahr von Erdbeben und diese könnten auch Auswirkungen auf die Trinkwasserblase

von Borkum haben und schaden dem Tourismus.

Klar ist: Es darf keine weiteren Gasbohrungen mehr geben - vor Borkum und nirgendwo! Die Zukunft ist erneuerbar. Lasst uns die Klimakrise nicht weiterhin zum eskalieren bringen, sondern uns für intakte Lebensgrundlagen und eine bezahlbare und sozial gerechte Energieversorgung für alle einsetzen.

Deshalb hat die Grüne Jugend diesen Sommer zusammen mit Fridays for Future, Umweltverbänden und vielen Grünen auf Borkum gegen diese Gasbohrungen demonstriert und jetzt gibt es die einmalige Chance, die Gasbohrungen vor Borkum im Bundesrat zu stoppen: Das Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden, was die völkerrechtliche Grundlage für die grenzüberschreitende Förderung darstellt, ist ein Vertragsgesetz und braucht deshalb die Zustimmung vom Bundesrat und vom Bundestag (siehe dazu Art. 56 Abs. 2 S. 1 GG i.V.m. Art. 84 Abs. 1 S. 5 und 6 GG).

Die Landesregierungen mit grüner oder linker Beteiligung haben die absolute Mehrheit im Bundesrat und damit die Möglichkeit, zusammen die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern.

Nordrhein-Westfalen hat deshalb die einmalige Chance die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern und sich gegen das fossile Rollback der Bundesregierung zu stellen. Nur wenn alle Bundesländer mitziehen, können die Gasbohrungen gestoppt werden!

Wir, als Grüne Jugend NRW stehen klar an der Seite von Umweltverbänden und der Klimabewegung und fordern die Bundesratsmitglieder von Bündnis 90 die Grünen, vor allem die Bundesratsmitglieder aus NRW, dazu auf gegen das Unitarisierungsabkommen im Bundesrat zu stimmen oder sich zu enthalten und damit die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern.

V8

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW (dort beschlossen am: 27.10.2025)

Titel: **Von Rojava bis Teheran – feministische Kämpfe können den Unterschied machen!**

Antragstext

In großen Teilen des Mittleren Ostens richtet sich staatliche, religiöse und gesellschaftliche Gewalt gezielt gegen Frauen. Ihr Zugang zu Bildung, ihre Teilnahme öffentlichem Leben, körperlicher und politischer Selbstbestimmung wird kontrolliert, bestraft und unterdrückt. Der Slogan „Jin, Jiyan, Azadî – Frau, Leben, Freiheit“ benennt diese Realität bewusst und politisch präzise: Frauen sind Zielscheibe patriarchaler Herrschaft.

Die Ermordung von Jina Mahsa Amini im September 2022 war kein Einzelfall, sondern Ausdruck eines Systems, das Frauen zur Aufrechterhaltung patriarchaler Machtverhältnisse diszipliniert und bestraft. Der Aufstand, der darauffolgte, war ein Frauenaufstand – getragen von jungen und älteren Frauen, Arbeiterinnen und Studentinnen, Müttern, Aktivistinnen und Menschen in ihrer Solidarität. Sie verbrannten ihre Hijabs, stellten das Regime offen infrage und zeigten der Welt, dass patriarchale Gewalt nicht hingenommen wird und dass Widerstand möglich ist.

Gleichzeitig werden TINA* Personen in diesen Staaten noch brutaler verfolgt und bestraft. Sie werden durch Gefängnis, Folter, medizinischen Eingriffe, Zwangsoperationen, öffentliche Demütigung und in manchen Fällen Hinrichtungen bedroht. Diese systemische Gewalt wird unsichtbar gemacht oder nur am Rand mitgedacht. Die patriarchale Ordnung in Iran, Afghanistan oder Syrien richtet sich nicht nur gegen Frauen als gesellschaftliche Gruppe, sondern auch gegen alle Menschen, deren Identität nicht der kontrollierenden, binären Geschlechterordnung entspricht.

FLINTA*s sind die kollektive Zielscheibe dieser Systeme – und besonders TINA* Personen erleben zusätzlich eine verschärfte Form patriarchaler Gewalt.

Während im Iran Frauen massenhaft gegen die Unterdrückung kämpfen, werden in Afghanistan Frauen vollständig aus dem öffentlichen Leben verbannt: Schulen und Universitäten bleiben geschlossen, berufliche Teilhabe ist verboten, Bewegungsfreiheit existiert nicht.

Und gleichzeitig plant die deutsche Bundesregierung weiterhin diplomatische Gespräche mit den Taliban und eröffnet Möglichkeiten zur Abschiebung. In Syrien kämpfen Frauen und Zivilgesellschaft unter anderem in Suweida und Shahba unter Lebensgefahr für Freiheit und Selbstbestimmung, während islamistische Milizen Proteste gewaltsam unterdrücken und Entführungen und sexualisierte Gewalt gegen Frauen zum Alltag gehören.

Trotz dieser Gewalt zeigen FLINTA*s unglaublichen Mut. Sie organisieren sich, dokumentieren Verbrechen und protestieren. In Rojava gestalten FLINTA*-Personen eine Gesellschaft, die auf Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Schutz von Minderheiten basiert. Dieses Projekt zeigt, dass Feminismus nicht nur ein Wort ist, sondern gelebte Praxis, selbst unter Bedrohung und Krieg. Es ist ein Ort, an dem Widerstand und Selbstverwaltung Hand in Hand gehen, und er ist ein leuchtendes Beispiel dafür, dass FLINTA*-Personen die Welt verändern können, selbst unter extremen Bedingungen, wo ihnen Angriffe drohen.

Deutschland und Europa tragen Verantwortung in diesem Kontext. Sie stützen patriarchale Regime durch diplomatische Beziehungen, wirtschaftliche Kooperation, fehlende klare Sanktionen und durch ihre Abschiebungspraxis.

Eine feministische Außenpolitik darf nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern muss sich daran messen lassen, wem sie tatsächlich Schutz, Handlungsmacht und Überleben ermöglicht. Eine solche Politik muss die Aufnahme und Sicherheit von Frauen, queeren und TINA* Personen garantieren, die vor patriarchaler Gewalt fliehen. Sie muss Kooperation mit Regimen und Milizen, die diese Gewalt organisieren, konsequent beenden. Sie muss feministische Selbstorganisierung materiell und politisch unterstützen – insbesondere dort, wo Menschen sie unter Lebensgefahr aufbauen.

Wir als GRÜNE JUGEND NRW erklären unsere Solidarität mit den Frauen, die im Iran, Afghanistan, Syrien und anderen Teilen der Region für Freiheit kämpfen sowie mit TINA* Personen, die dort systematisch verfolgt und brutal unterdrückt werden.

Wir benennen den Charakter der Revolte im Iran bewusst als Frauenrevolte, weil er historisch und politisch genau das ist. Und wir benennen ausdrücklich, dass TINA* Personen in den gleichen Systemen noch härter verfolgt werden.

Es braucht eine feministische Solidarität, die weder verallgemeinert noch unsichtbar macht, sondern differenziert und klar Position bezieht. „Frau, Leben, Freiheit“ ist kein symbolischer Slogan, sondern eine revolutionäre Aufforderung. Sie verlangt, dass wir hinsehen, handeln und solidarisch kämpfen.

Wir stehen an der Seite der Frauen und TINA* Personen, die in Teheran, in Kabul, in Rojava, in Suweida und überall den Mut haben, ein anderes Leben einzufordern.

Ihr Kampf ist global. Und er geht auch uns an.

V9

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Nadine Skrzeba

Titel: **Wissenschaft statt Placebo – gegen Homöopathie und Anthroposophie als Kassenleistung**

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND NRW soll sich klar gegen Homöopathie und anthroposophische Medizin nach Rudolf Steiner positionieren und fordern, dass diese nicht länger als Kassenleistungen anerkannt oder finanziert werden.

Die GRÜNE JUGEND NRW bekennt sich zu einer Gesundheitspolitik, die auf wissenschaftlicher Evidenz und nachvollziehbaren medizinischen Standards beruht. Homöopathische und anthroposophische Verfahren zeigen keine über den Placeboeffekt hinausgehende Wirkung und dürfen daher nicht mit seriöser Medizin gleichgesetzt werden.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert daher:

1. Dass homöopathische und anthroposophische Mittel nicht mehr von gesetzlichen Krankenkassen erstattet oder beworben werden dürfen.

2. Dass öffentliche Gelder und politische Unterstützung für pseudowissenschaftliche Heilmethoden beendet werden.

3. Dass Gesundheitspolitik und Bildung sich verstärkt der Förderung von wissenschaftlicher Aufklärung, evidenzbasierter Medizin und kritischem Denken widmen.

Begründung

Homöopathie und anthroposophische Medizin beruhen auf überholten, esoterischen Konzepten, die in keinem wissenschaftlichen Test Wirksamkeit über den Placeboeffekt hinaus gezeigt haben. Trotz dieser Erkenntnis werden entsprechende Präparate weiterhin als Arzneimittel verkauft und teilweise von Krankenkassen bezahlt – auf Kosten der Versichertengemeinschaft.

Diese Praxis vermittelt Patientinnen ein falsches Sicherheitsgefühl, schwächt das Vertrauen in echte Medizin und öffnet Tür und Tor für Wissenschaftsfeindlichkeit. Eine progressive Jugendorganisation wie die GRÜNE JUGEND NRW muss hier klare Grenzen ziehen und sich unmissverständlich **für evidenzbasierte, transparente und patientinnenorientierte Medizin** einsetzen.

Die Ablehnung pseudowissenschaftlicher Verfahren und ihrer Finanzierung ist daher ein notwendiges Signal für Aufklärung, Rationalität und moderne Gesundheitspolitik.

V10

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW (dort beschlossen am: 28.10.2025)

Titel: **FLINTA*- Strategie der GRÜNEN JUGEND NRW**

Antragstext

FLINTA*-Strategie der GRÜNEN JUGEND NRW

Für eine intersektionale, materialistische und feministische Politik

Antragstext

Wir als Verband

Wir, die GRÜNE JUGEND NRW, kämpfen für eine befreite, solidarische und ökologische Gesellschaft – für eine Welt, in der niemand aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Identität, Behinderung, sozialem Status oder sexueller Orientierung diskriminiert wird.

Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus, Ableismus und Queerfeindlichkeit wirken gemeinsam und prägen unser aller Leben. Deshalb ist für uns klar:

Feminismus ist Klassenpolitik – und er gehört ins Zentrum unserer politischen Praxis.

Mit dieser FLINTA*-Strategie wollen wir feministische Kämpfe strukturell und dauerhaft in unserem Verband verankern.

Wir wissen: Gleichberechtigung entsteht nicht durch gute Absichten, sondern durch organisierte feministische Macht, solidarische Strukturen und kollektives Handeln. Unser Feminismus ist intersektional, weil Unterdrückung nie eindimensional wirkt.
Er ist materialistisch, weil Befreiung ohne ökonomische Gerechtigkeit nicht möglich ist.
Und er ist kämpferisch, weil patriarchale Strukturen nicht angepasst, sondern überwunden werden müssen – auch in unseren eigenen Strukturen.

Diese Strategie ist ein Werkzeug, um FLINTA*-Personen in der GRÜNEN JUGEND NRW zu stärken, feministische Politik sichtbar zu machen und unsere Strukturen zu verändern. Feministische Politik verstehen wir als Gemeinsame Aufgabe – in Bildung, Kampagnen, Organisation und Bündnisarbeit.

Wir kämpfen feministisch, antikapitalistisch und solidarisch – für eine Gesellschaft, in der niemand unterdrückt wird.

Beschlussteil

Die GRÜNE JUGEND NRW beschließt die folgende FLINTA*-Strategie als verbindliche Grundlage für feministische Verbandsarbeit.

1. Interne Struktur & Empowerment

Die GRÜNE JUGEND NRW bekennt sich zur strukturellen Stärkung von FLINTA*-Personen auf allen Ebenen des Verbandes. Folgende Maßnahmen werden umgesetzt:

- **Entwicklung eines FLINTA*-Förderprogramms mit Mentoring, Qualifizierungen und gezielter Ansprache von FLINTA*-Personen.**

- **Einrichtung regelmäßiger FLINTA*- und TINA*-Vernetzungsrunden sowie Safe Spaces zur Vernetzung, Bildung und Selbstermächtigung.**

- **Durchführung verpflichtender Sensibilisierungsworkshops zu patriarchaler Macht, intersektionalem Feminismus und kritischer Männlichkeit für alle Mitglieder – insbesondere für cis-männliche Personen.**

- **Einrichtung eines Geschlechterstrategieteams, das Fragen zur Umsetzung**

feministischer Politik, zur internen Sensibilisierung und zu strukturellen Veränderungen bündelt und begleitet.

TINA*-Förderung:
Wir erkennen an, dass TINA*-Personen im Verband oft andere und spezifische Erfahrungen machen. Sie sind in besonderem Maße mit gesellschaftlicher und innerverbandlicher Marginalisierung konfrontiert. Daher wird ein eigenständiges TINA*-Förderkonzept entwickelt, das Empowerment, Schutzräume und gezielte Beteiligung stärkt.

Wir wissen, dass insbesondere FLINTA*- und TINA*-Personen mit Behinderung von mehrfacher Diskriminierung betroffen sind. Wir schaffen dafür Sichtbarkeit und arbeiten im kommenden Verbandsjahr eng mit dem AK Inklusion zusammen, um gemeinsam Ansätze zu entwickeln, wie strukturelle Hürden im Verband abgebaut werden können.

Dabei achten wir darauf, dass alle Formate möglichst kostenfrei angeboten werden.
Die Veranstaltungen finden nach Möglichkeit überwiegend online und in Zusammenarbeit mit dem Bildungsteam und dem Geschlechter-Strategieteam statt. Querfinanzierungen mit anderen Landesverbänden oder kommunalen RPJ-Stellen sind ausdrücklich erwünscht.

2. Bildung, Sichtbarkeit & Öffentlichkeitsarbeit

- **Regelmäßige Workshops, Bildungswochen und Seminare zu Feminismus, Care-Arbeit, Queerness, Antirassismus und ökonomischer Gerechtigkeit und vielen weiteren Themen.**

- **Einführung und dauerhafte Etablierung eines jährlichen FLINTA*-Fördertages als landesweites Empowerment- und Bildungsformat.**

- **Entwicklung einer feministischen Öffentlichkeitskampagne mit Fokus auf feminisierte Armut, Sorgearbeit, trans*feindliche Gewalt, Femizide und intersektionale Gerechtigkeit.**

- **Aktive Förderung der Sichtbarkeit von FLINTA*-Personen in allen Kommunikationskanälen, auf Veranstaltungen und in der Medienarbeit.**

3. Politische Arbeit & Bündnisse

- **Integration feministischer Perspektiven in alle Kommunal- und Landesprogramme der GRÜNEN JUGEND NRW.**

- **Entwicklung und Einbringung konkreter feministischer Forderungen, u. a.:**
  - **Gerechte Bezahlung und gesellschaftliche Anerkennung von Care- und Sorgearbeit**
  - **Ausbau von Schutz- und Beratungsstrukturen für Betroffene patriarchaler oder sexualisierter Gewalt**
  - **Feministische Innen-, Klima- und Sozialpolitik mit intersektionaler Perspektive**

- **Aufbau und Pflege intersektionaler Bündnisse mit queeren, migrantischen, antirassistischen, behinderten- und klassenpolitischen Organisationen.**

- **Unterstützung und Beteiligung an feministischen Mobilisierungen, z. B. am 8. März, Trans* Day of Visibility, Inter* Awareness Day, #KeineMehr oder #CareRevolution.**

4. Intersektionale Perspektiven

Die GRÜNE JUGEND NRW verpflichtet sich, feministische Politik immer intersektional zu denken und umzusetzen.

Das bedeutet insbesondere:

- **Geschlecht & Klasse: Kampf gegen Armut, prekäre Arbeit und ungleiche Löhne.**

- **Geschlecht & Rassismus: Sichtbarkeit, Teilhabe und Schutz migrantischer und geflüchteter FLINTA*.**

- **Geschlecht & Behinderung: Barrierefreie Strukturen und inklusive Räume im Verband.**

- **Geschlecht & Queerness: Schutz und Selbstbestimmung für trans*, inter und nicht-binäre Personen.**

- **Geschlecht & Klima: Feministische Perspektiven auf Care, Umweltgerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation.**

Begründung

Feminismus ist kein Zusatzthema, sondern eine Grundhaltung und politische Notwendigkeit.

Patriarchale Machtverhältnisse prägen nicht nur die Gesellschaft, sondern auch Organisationen und politische Räume, so auch uns als GRÜNE JUGEND NRW. FLINTA*-Personen sind überdurchschnittlich von Armut, Prekarisierung, Gewalt und Unsichtbarkeit betroffen – diese Realität dürfen wir als Verband nicht reproduzieren.

Ein materialistischer Feminismus zeigt, dass patriarchale Ungleichheit immer mit ökonomischer Ausbeutung verbunden ist.
Ein intersektionaler Feminismus erkennt, dass Unterdrückung unterschiedliche Dimensionen hat – und dass Befreiung nur möglich ist, wenn alle Kämpfe miteinander verbunden werden.

Diese FLINTA*-Strategie ist ein Schritt hin zu einer GRÜNEN JUGEND NRW, die feministische Politik nicht nur fordert, sondern lebt – in Strukturen, Bildung, Kampagnen und Bündnissen. Sie schafft Räume für FLINTA*-Personen, fördert feministische Perspektiven und sorgt dafür, dass Gleichberechtigung kein leeres Versprechen bleibt, sondern konkrete politische Praxis wird.

Befreiung ist nur gemeinsam zu haben. Feministische Kämpfe sind Kämpfe für uns alle.

V11

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis)

Titel: **Klimaneutralität 2040 - unserer Zukunft schützen!**

Antragstext

Die Grüne Jugend NRW fordert, dass das verpflichtende Ziel der Klimaneutralität in Nordrhein-Westfalen von 2045 auf 2040 vorgezogen wird. Nur, wenn Bund, Land und Kommunen gemeinsam handeln, kann dieses Ziel erreicht werden. Wir haben keine Zeit mehr für halbe Sachen. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass wir jetzt handeln. Es geht um nichts weniger als unsere Lebensgrundlagen.

Es soll ein Transformationsrat NRW 2040 eingerichtet werden. Dieser soll mit Beteiligung von Zivilgesellschaft, Beschäftigten, Gewerkschaften, Wissenschaft und Unternehmen Empfehlungen ausarbeiten. Klimaneutralität 2040, Beschäftigungssicherheit und ökonomische Stabilität gehen zusammen! Der sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn er gerecht gestaltet wird. Das bedeutet: Gute Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und Mitbestimmung der Beschäftigten. Klimaschutz darf nie gegen soziale Sicherheit ausgespielt werden. Über diesen Transformationsrat sollen verbindliche Sektorenziele erarbeitet werden.

NRW ist europäische Spitze beim Ausbau der Windenergie, der PV-Zubau hat einen echten Aufschwung, wir steigen früher aus der Kohle aus und wir investieren in Grünen Stahl. Das sind große Erfolge von Bündnis 90/Die Grünen in der Landesregierung, die wir ausdrücklich anerkennen und würdigen.

Uns ist jedoch klar: NRW als Industrieland kann das ambitionierte Ziel 2040 nicht schaffen, ohne dass die Bundesregierung aus ihrem Dornröschenschlaf aufwacht und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Sie muss jetzt liefern! Dazu gehört der Ausbau von Strom- und Wasserstoffnetzen, ein sozial-gerechter CO2-Preis mit echter Lenkungswirkung und sozialer Rückvergütung oder der

konsequente Ausstieg aus allen fossilen Energien. Unsere Position ist klar: Finger weg vom Ausstiegsdatum 2035 für den fossilen Verbrennungsmotor! Finger weg vom vereinbarten Kohleausstieg 2030!

In all diesen Themen muss Nachhaltigkeit endlich wieder die zentrale Bedeutung haben. Wir erwarten von allen Teilen der Landesregierung, dass sie sich dafür und gegen das fossile Rollback einsetzt.

Wer eine Rechnung nicht bezahlt, gerät in Zahlungsverzug und kann nicht erwarten, dass geliefert wird, was bestellt wurde. In diesem Sinne darf sich die schwarz-rote Bundesregierung nicht mehr vor ihrer Pflicht zur Unterstützung der Kommunen drücken, um stattdessen die Wahlgeschenke der CSU zu finanzieren. Damit meinen wir sowohl, dass für eine grundsätzlich bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen gesorgt sein muss, als auch, dass gezielt bei der Umsetzung von Klimaschutz mehr unterstützt wird.

Es braucht einen kommunalen Klimapakt, um sicherzustellen, dass die Städte und Gemeinden die notwendigen finanziellen und strukturellen Voraussetzungen haben, um die Klimaneutralität spätestens 2040 zu erreichen. Dafür müssen Investitionen der Kommunen in Klimaschutz und Klimaanpassung von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Investitionen in unsere Zukunft und die Bewohnbarkeit unseres Planeten dürfen nicht an veralteten Schuldenregeln scheitern. Klimapolitik funktioniert nur, wenn sie vor Ort in unseren Nachbarschaften spürbar wird. Wenn der Marktplatz Grüner wird, wenn der Bus öfter fährt, wenn die Stadt kühler wird.

Viele Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren Klimaschutzkonzepte, Mobilitätkonzepte, Klimaanpassungskonzepte, Wärmeplanungen, Sanierungskonzepte und vieles mehr erstellt. Es geht jetzt darum, dass konsequent und ambitioniert umzusetzen. Dafür müssen Förderungen langfristig planbar abgesichert werden, Mittel erhöht werden und die Fördermittelbeantragung einfacher und digitaler auf einem Förderportal vereinheitlicht werden. Das benötigt aktuell viel zu viele Kapazitäten, die wir im konkreten Umsetzen dringend brauchen! Auch das Bewilligen von Förderanträgen muss viel schneller gehen. Die Zeit zu warten haben wir nicht.

Einige Städte und Gemeinden in NRW wollen vor 2040 klimaneutral werden. Es muss gelten: Je schneller und ambitionierter, desto mehr Geld wird für die Umsetzung nötig. Hier muss durch eine gezielte Unterstützung ein Anreiz gesetzt werden.

Wir fordern mehr Tempo beim natürlichen Klimaschutz! Alle in öffentlicher Hand befindlichen Moore müssen wieder vernässt werden, wir brauchen eine

Renaturierungsoffensive für Flüsse und wir müssen unsere Städte entsiegeln. Ein einfacher Hebel, der Schüler:innen direkt hilft, sodass sie es in Hitzesommern in den Schulen aushalten, sind grüne Schulhöfe. Für dieses Ziel wollen wir deutlich mehr Gelder bereitstellen. Auch bei Krankenhäusern oder Hochschulgebäuden gibt es noch viel Aufholbedarf, sodass sie energieeffizient und hitzeresilient werden.

Klimaschutz ist mehr als eine ökologische Frage. Es geht um Gerechtigkeit und Teilhabe. Dazu gehört auch das Thema Mobilität. Bessere Anbindungen und bezahlbare Tickets sind keine Widersprüche und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Deutschlandticket war ein Erfolg der letzten Bundesregierung, aber es ist für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Daher fordern wir als Grüne Jugend NRW ein 365-Euro-Deutschlandticket für Schüler:innen, Auszubildende, Studierende und Wohngeldberechtigte.

Klimaschutz erfordert Bildung und Beteiligung. Deshalb fordert die Grüne Jugend NRW die Einrichtung eines Jugendklimarats NRW als beratendes Gremium der Landesregierung, um uns jungen Menschen eine Stimme bei der Gestaltung von Klimapolitik zu geben. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll verbindlicher Bestandteil der Lehramtsausbildung werden.

Das Vorziehen der Klimaneutralität ist kein Symbolprojekt. Wer heute ambitioniert handelt, bewahrt die Handlungsmöglichkeiten der kommenden Generationen. Wir wollen diesen Weg mit Mut, Klarheit und Verlässlichkeit gehen und zeigen, dass ökonomische Stärke, sozialer Ausgleich und konsequenter Klimaschutz in einem Land wie Nordrhein-Westfalen kein Widerspruch sind.

Begründung

Der Hamburger Zukunftsentscheid hat gezeigt: Klimaschutz hat weiterhin große gesellschaftliche Mehrheiten. Diesen Aufschwung nehmen wir auf, um in der Partei und in der Gesellschaft lauter und ambitioniert für den Schutz des Klimas einzutreten.

Wenn sich die Bundesregierung von der fossilen Lobby treiben lässt und Klimaziele infrage stellt, dann müssen wir laut werden.

Das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes war historisch. Es geht um die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen. Es geht um Lebensqualität. Dafür kämpfen wir gemeinsam mit der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Wer also Klimaneutralität 2040 als „utopische Forderung“ versteht, Klimaschutz verschiebt und ausbremst,

verkauft die Zukunft der jungen Generation. Das lassen wir nicht zu!

V12

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: KV Aachen, KV Krefeld (dort beschlossen am: 28.10.2025)

Titel: **Das scheiß Leben ist zu teuer – Veränderung braucht Sicherheit**

Antragstext

Wer heute in den Supermarkt geht, wird an der Kasse häufig den eigenen Augen nicht trauen können: Die Preise für Güter des alltäglichen Lebens sind in den vergangenen 5 Jahren deutlich stärker gestiegen als die Löhne. Dies lässt sich auch an der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel ablesen: Dieser ist von 2020 bis 2025 um 33,3 Prozentpunkte gestiegen. (Q1) Im Vergleich dazu sind die Reallöhne nur um 16,4 Prozentpunkte gestiegen. (Q2)

Untere und mittlere Einkommen geben den Großteil ihres Einkommens, das ihnen zur Verfügung steht, in dem Monat aus, in dem sie es erhalten haben. Besonders niedrige Einkommensgruppen geben einen Großteil ihres Einkommens für Wohnen und Essen aus. So gaben bspw. Studierende im Schnitt 53 % ihres Einkommens für das Wohnen aus. (Q3)

Spätestens der Preisschock, durch den russischen Angriffskrieg, hat kaum noch jemanden kalt gelassen und ein Gefühl der wirtschaftlichen Verunsicherung bis tief in die Mitte der Gesellschaft getragen. Diese wirtschaftliche Verunsicherung wird verstärkt durch die größte Transformationsherausforderung, die wir je hatten: die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Die Dekarbonisierung ist unbestreitbar notwendig, um die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu sichern. Sie bringt aber vorübergehend neue Unsicherheiten mit sich. Sei es in der Automobilindustrie oder in der Kohleverstromung: Viele Arbeitsplätze werden vor und nach dieser Transformation anders aussehen oder sogar ganz verschwunden sein.

Und neben der wirtschaftlichen Transformation gibt es noch viele andere Bereiche, in denen wir als Gesellschaft uns auf neue Gegebenheiten einstellen

müssen und es uns nicht leisten können, diese nur halbherzig voranzutreiben: Exemplarisch seien hier das Ende der sogenannten „globalen Friedensordnung“ nach dem Ende des Kalten Krieges, die Informationskrise durch das Aufkommen der neuen Medien und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Geschlechter genannt. All dem müssen wir als Gesellschaft begegnen.

Um diesen Krisen und Veränderungen geeint und konstruktiv begegnen zu können, benötigen wir eine soziale Absicherung, die es den Menschen ermöglicht, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen und die notwendigen Veränderungen mit ganzer Kraft zu unterstützen. Denn die Alternative zu dieser Zuversicht ist die Verzweiflung. Und diese Verzweiflung ist es, die den Nährboden für die vollkommene Aufgabe der Klimaziele und die Rücknahme aller bisher gefassten Maßnahmen bietet. Diese Verzweiflung ist es auch, die Menschen anfälliger für die faschistischen Narrative macht.

Wir als GRÜNE JUGEND NRW sind davon überzeugt, dass Transformation und Krisenbewältigung eine resiliente Gesellschaft benötigen. Wir sind davon überzeugt, dass wir dafür als Gesellschaft solidarisch Einzelschicksale abfedern und stützen müssen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit können nicht getrennt gedacht werden.

Daher fordern wir:

1. das Streichen der Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel (inklusive Babynahrung), da diese den Großteil der Steuerlast auf niedrige und mittlere Einkommen ausmacht.

2. die Kopplung von Sozialleistungen an die tatsächlichen Steigerungen der Lebenshaltungskosten.

3. den Einstieg des Staates in den Wohnungsmarkt und den Lebensmittelhandel, um von Angebotsseite aus die Preise zu senken.

Q1: Statistisches Bundesamt „Preisentwicklung für Nahrungsmittel im Zeitraum Januar 2020 bis Juni 2025”
Q2: Statistisches Bundesamt „Entwicklung der Nominallöhne 2007 bis 2024“
Q3: Statistisches Bundesamt „Studierendenhaushalte geben im Schnitt 53 % des Einkommens für Wohnkosten aus.“

Begründung

Anstelle einer klassischen Begründung findet ihr hier ein kleines FAQ zu Themen des Antrags!

Senkung der Mehrwertsteuer:

Was ist die Mehrwertsteuer?

Schaut euch dafür doch die Erklärung hier an.

Warum senken wir nicht lieber die Einkommenssteuer?

Die Einkommenssteuer betrifft zum einen nur Menschen, die Einkommen haben. Die Mehrwertsteuer bezahlen alle Menschen in Deutschland. Und selbst die unteren 50 % der Haushalte mit Einkommen haben eine höhere Last durch die Mehrwertsteuer als durch die Einkommenssteuer.

Grafik der Bundeszentrale für Politische Bildung: Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens 2015

Aber stecken sich das nicht die Unternehmen ein?

In der Coronakrise gab es bereits eine Mehrwertsteuersenkung. Selbst arbeitgebernahe Institute haben Untersuchungen veröffentlicht, die besagen, dass die Mehrwertsteuersenkung fast komplett weitergegeben worden ist.

Untersuchung des ifo-Instituts: Clemens Fuest, Florian Neumeier und Daniel Stöhlker "Die Preiseffekte der Mehrwertsteuersenkung in deutschen Supermärkten: Eine Analyse für mehr als 60.000 Produkte"

Einstieg des Staates in den Wohnungsmarkt und Lebensmittelhandel – Was soll das bringen?

Sowohl im Wohnmarkt als auch im Lebensmittelhandel sind wir als Bürger:innen stark abhängig von den Anbietern: Wir können uns nicht entscheiden, nicht zu essen, und wir benötigen auch ein Dach über dem Kopf. Damit stehen wir in einem Abhängigkeitsverhältnis. Dieses Abhängigkeitsverhältnis kann ausgenutzt werden, wenn es eine Knappheit auf dem Markt gibt oder einer oder wenige Anbieter die Angebotsseite kontrollieren.
Wenn der Staat Wohnungen günstig vermietet oder Supermärkte aufkommensneutral betreibt, dann würde er die anderen Anbieter auf dem Markt unter Preisdruck stellen und so die marktbeherrschende Stellung von Unternehmen aufbrechen.

V13

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Vorstand GJ Bielefeld, Vorstand GJ Aachen, Oketade Olayiwola-Olosun? (dort beschlossen am: 28.10.2025)

Titel: **NRWs Hochschulen sind unkürzbar!**

Antragstext

Wir leben in einer Zeit, in der die Chance auf eine gute Zukunft von der jungen Generation aktiv verteidigt werden muss. Während der Coronakrise wurde aktiv die junge Generation in die Verantwortung genommen. Sei es durch Homeschooling, Kontaktbeschränkungen oder den ausbleibenden Abiball: Die junge Generation hat oft persönlich zurückgesteckt, um Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Oft wurden wir damit vertröstet, dass auch wieder bessere Zeiten kommen würden. Aber was haben wir bekommen? Die Bundesregierung plant die Wiedereinführung der Wehrpflicht, eine unsoziale Rentenreform und massive Rückschritte beim Klimaschutz. All das sind Schläge ins Gesicht junger Menschen!

Auch in NRW bahnt sich eine nächste Zumutung an. Die Landesregierung plant im Haushalt 2026 deutlich weniger Mittel für die Hochschulen als zunächst angesetzt. Es ist davon auszugehen, dass 150 Millionen Euro weniger an Grundfinanzierung an die Hochschulen fließen sollen.

Das reicht der Landesregierung jedoch nicht: Bis 2028 sollen den Universitäten durch diverse Maßnahmen fast 700 Millionen Euro entzogen werden. Dabei sind die Universitäten bereits heute das Ergebnis jahrzehntelanger Sparpolitik: Marode Gebäude, überlastetes Personal und Abhängigkeit von Drittmittel sind längst der Normalzustand.

2026 steigen die Bildungsausgaben in NRW um 1,7 Mrd. €, gleichzeitig sollen die Hochschulen massive Kürzungen hinnehmen. Dies ist ein Ausdruck politischer Prioritätensetzung, bei der vor allem kleine Kinder und ältere Menschen zählen, während wir jungen Erwachsenen systematisch übersehen werden. Auch im

Bildungsbereich darf es kein Ausspielen der Generationen geben. Zugleich droht der Anteil von Bildung am Gesamthaushalt weiter zu sinken.

Bildung ist kein Sparposten, sondern die Voraussetzung für Chancengleichheit, sozialen Aufstieg und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine starke und gut finanzierte Hochschullandschaft ist entscheidend für die nachhaltige Innovationskraft Nordrhein-Westfalens. Wer bei der Bildung spart, schwächt nicht nur Forschung und Wissenschaft, sondern riskiert auch soziale Spaltung und den Verlust von Zukunftsperspektiven.

Es wird am falschen Ende gespart!

Während einerseits 300 Millionen Euro für ein fragwürdiges Abschiebegefängnis investiert werden sollen, wird andererseits eine faktische Kürzung der Hochschulfinanzierung im Vergleich zu den Planwerten, durchgesetzt. Die Landesregierung zeigt dadurch deutlich, wo ihre Prioritäten liegen und dass ausreichend Investitionsmittel vorhanden sind. Wir sagen: Es wird am falschen Ende gespart! Als Grüne Jugend NRW stellen wir uns gegen ständige Forderungen nach „Law and Order“ und fordern den konsequenten Ausbau und die auskömmliche Finanzierung sozialer Infrastruktur.

<u>Wir fordern</u>:

- ein Umdenken in der Prioritätensetzung: weg von „Law and Order“ – hin zu gemeinwohlorientierter, sozialer Infrastruktur.

- dass die Landesregierung statt Kürzungen eine Investitionsoffensive für die Hochschullandschaft NRW vorantreibt.

Unabhängigkeit der Forschung sichern

Die Grüne Jugend NRW steht für solide finanzierte Hochschulen. Die zunehmende Drittmittelfinanzierung von Forschungstätigkeit sehen wir kritisch. Drittmittelfinanzierung machte im Jahr 2022 über 28 % der Hochschulmittel in Deutschland aus – vor 25 Jahren waren es nur etwa 18 % (Q1). Eine freie Forschung sieht anders aus.

Dies führt auch zu einer sinkenden Planbarkeit und erhöhtem Aufwand, durch die Notwendigkeit von Drittmittelbeschaffung. Besonders Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen und die, die gerade im wissenschaftlichen Betrieb Fuß fassen wollen, leiden unter diesen wachsenden Abhängigkeiten. Damit eine Tätigkeit in

der Forschung attraktiv ist, braucht es Planbarkeit und Sicherheit.

Wir fordern:

- eine starke Grundfinanzierung für alle Hochschulen.
- Planbarkeit und Sicherheit für Menschen, die in der Wissenschaft arbeiten und arbeiten wollen.

Gesundheitsversorgung sichern

Auch die Universitätskliniken in NRW sind von den geplanten Kürzungen erheblich betroffen. Trotz steigender Belastungen in der Hochschulmedizin sollen die Investitionsförderung um 68 Millionen Euro und die Gesamtförderung um 22,8 Millionen Euro (gegenüber 2025) gekürzt werden. Diese Kürzungen erfolgen, obwohl ab 2026 eine tariflich vereinbarte Senkung der Wochenarbeitszeit für Ärzt:innen von 42 auf 40 Stunden in Kraft tritt und flächendeckende Zeiterfassungssysteme weiterhin fehlen. Anstatt die Arbeitsbedingungen in einem ohnehin überlasteten Bereich zu verbessern, verschärft die Landesregierung die Situation zusätzlich.

Wir fordern:

- die vollständige Rücknahme dieser Kürzungen.
- gezielte Investitionen in Personal, Digitalisierung und Infrastruktur an den (Universitäts-)Kliniken.
- Einstellungsoffensive für ärztliches und medizinwissenschaftliches Personal.
- Kontrolle und Sicherung der Arbeitsbedingungen an Krankenhäusern.

Hochschulen im aktuellen Kürzungsprozess unterstützen

Verträge von studentischen Beschäftigten haben oft besonders kurze Laufzeiten. Es ist zu befürchten, dass Hochschulen daher insbesondere studentische Beschäftigte entlassen werden.
Genau diese studentischen Beschäftigten machen den Übungsbetrieb gerade erst möglich: Sie geben die Tutorien, erstellen Übungszettel und sind erste Ansprechpartner*innen, wenn es schwierig wird im Studium.

Letzteres kommt vor allem Studierenden zugute, die kein großes Netzwerk haben. Wenn diese studentischen Beschäftigten wegfallen würden, dann droht das Studium noch sozial undurchlässiger zu werden.

Staatliche Unterstützungsleistungen für Studierende reichen oft nicht aus, um „nur zu studieren“. Daher ist es oft auch eine finanzielle Notwendigkeit, einen Nebenjob neben dem Studium zu haben. Ein Nebenjob als Tutor*in trägt dabei durch eine Fachnähe zum Studienerfolg bei und kann daher besser mit dem Studium vereinbar sein.

Diese Kürzungen würden primär Studierende und Mitarbeitende, die in der „Hochschulhierarchie unten stehen“, betreffen und sind deswegen unsozial.

<u>Wir fordern:</u>

- kurzfristig, den Erhalt von aktuell bestehenden Stellen und den von ihnen ermöglichten Angeboten.

- langfristig, dass die Unterstützungsleistungen für Studierende es ermöglichen, neben dem Studium nicht arbeiten zu müssen. Unabhängig vom familiären Hintergrund.

Entscheidungsfindungsprozess an den Hochschulen

Studierende bilden die größte Statusgruppe an den Hochschulen. Die Entscheidungsmacht in wirklich wichtigen Fragen liegt jedoch weiterhin bei Gremien, in denen die Professor*innen eine Mehrheit innehaben. Die Stimme von Studierenden droht bei Kürzungsverhandlungen unterzugehen.

<u>Wir fordern:</u>

- die Universitätsleitungen auf Studierende in möglichen Gesprächen über Kürzungen umfassend zu beteiligen.

- die Landesregierung auf die Mitbestimmungsrechte der Studierenden durch eine entsprechende Änderung des Hochschulgesetzes zu stärken.

Q1: https://foerderatlas.dfg.de/stories/grund-und-drittmittelfinanzierung-von-hochschulen/

Begründung

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

V14

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Vorstand Bonn, Vorstand Köln, Vorstand Aachen, Vorstand Rhein-Sieg (dort beschlossen am: 27.10.2025)

Titel: **Wissen & Synergien nutzen - unsere politische Schlagkraft erhöhen!**

Antragstext

Unsere politische Arbeit lebt vom Austausch, von Ideen und vom Engagement vieler junger Menschen in NRW. In den Kreisverbänden der Grünen Jugend NRW entstehen regelmäßig inspirierende Reden, kreative Aktionen und nicht zuletzt starke Anträge.

Häufig werden Anträge zum selben Thema ähnlich lautend in vielen Kreisverbänden gestellt, wie etwa der Antrag gegen das Abschiebegefängnis im Jahr 2025. So entstehen Synergien, die wir künftig gezielter nutzen möchten. Deswegen sollen Wissen, Materialien und Strategien niederschwellig, transparent und solidarisch geteilt werden können. So können Kreisverbände voneinander lernen, erfolgreiche Formate weiterentwickeln und auf die Arbeit anderer aufbauen, anstatt alles neu erarbeiten zu müssen. So stärken wir die Vernetzung und den Austausch untereinander, während wir Ressourcen sparen.

Hierfür bedraf es einer zentralen und strukturierten Plattform, die allen Mitgliedern zugänglich ist und einen effektiven Wissenstransfer ermöglicht. Insbesondere kleine und strukturschwächere Kreisverbände profitieren hiervon. Die Zusammenarbeit der Kreisverbände wird damit signifikant simpler, während wir die Schlagkraft und Sichtbarkeit unserer politischen Inhalte steigern.

Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend NRW möge beschließen:
1. Es wird sichergestellt, dass in der nächsten sechs Monaten in der Nextcloud, oder einer anderen Plattform mit mindestens den gleichen Nutzungsoptionen, eine allen Kreisverbänden zugängliche Ablage eingerichtet, in der – nach Themen

und/oder Anträgen differenziert – bestehendes Material geteilt werden kann.
2. Über die Plattform können insbesondere folgende Inhalte geteilt werden:
• Anträge inkl. Änderungsanträge,
• Redebeiträge, Gegenreden und Redetexte, insbesondere für die Einbringung auf kommunalem Mitgliederversammlungen
• Best-Practice-Beispiele aus Kreisverbänden – insbesondere Verhandlungstaktiken rund um Anträge und sonstige interne wie externe Vorgänge.
• Konzeptionen für Workshops und Basis-Beteiligung rund um das Thema
3. Der Landesvorstand der Grünen Jugend NRW stellt sicher, dass die Plattform hinsichtlich der Möglichkeit zu strukturierter, barrierearmer und intuitiver Nutzung gestaltet wird. Neben u.a. thematische Ordner, Schlagwörter oder Suchfunktionen ist dabei insbesondere auf digitale Barrierefreiheit zu achten, sodass z. B. Screenreader-Nutzung und alternative Textbeschreibungen ermöglicht werden.
4. Gemeinsam mit interessierten Kreisverbänden ist es die Verantwortung des Landesvorstands, die konkrete Umsetzung zu ermöglichen und bei der nächsten LMV über den Stand der Entwicklungen zu berichten.
5. Es sollen von der Basis getragene und von den Bezirkskoordinierenden oder dem Bildungsteam unterstützte Workshops und Austauschrunden angeboten werden, um den Austausch über Anträge und Materialien zu fördern. Besonders bei Themen, die landesweit in ähnlicher Form bearbeitet werden, liegt es in der Verantwortung des Landesvorstands, diesen Austausch aktiv zu fördern.

V15

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: KV Aachen, KV Bonn (dort beschlossen am: 28.10.2025)

Titel: **Bildung und Geld dürfen nicht über die Mitsprache entscheiden!**

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND NRW ist stark von Menschen geprägt, die studieren und finanzielle Sicherheiten genießen. Das möchten wir ändern und explizit **mehr Menschen ansprechen**, die **finanzielle Unsicherheiten** erleben, nicht studieren, oder **nicht auf ein Gymnasium** gehen.
Wenn Eltern bei der eigenen Bildung und Finanziellem unterstützen können, kommt man eher auf das Gymnasium, schafft eher das Abitur und kommt ins Studium, verdient tendenziell selber mehr Geld. Diese Personen haben infolgedessen auch häufiger die Möglichkeit, sich mit Politik auseinandersetzen, sind häufiger aktivistisch organisiert und haben in Teilen auch mehr Zeit oder Kapazitäten zur Verfügung. Das führt dazu, dass weniger privilegierte Menschen seltener in der GRÜNEN JUGEND aktiv werden und noch seltener in Verantwortungspositionen kommen.

Wir als GRÜNE JUGEND NRW sehen dies als großes Problem für unseren Verband an. Wir möchten divers und vielfältig sein, werden diesem Anspruch aber auf vielen Ebenen nicht gerecht. Neben einer aktiven Strategie für unter 18-Jährige, FLINTA* - und von Rassismus betroffenen Personen, wollen wir gezielt auch Menschen fördern, die in Armut aufgewachsen sind, deren Eltern nicht studiert haben, die selbst kein Abitur haben, oder aus anderen Gründen gesellschaftlich weniger gesehen werden. Wir setzen einen Fokus darauf, als Verband verschiedene Perspektiven und Ansichten zusammenzubringen. Dabei wollen wir gezielt auf **andere Menschen** zuzugehen und **mit diesen** zusammen **politische Strategien** entwickeln, die zu ihrer **Lebensrealität** passen, um für sie etwas **wirklich zu verändern**.
Dieses Verständnis von einem vielfältigen Verband wollen wir auch auf Kreis- und Bundesebene der GRÜNEN JUGEND, sowie in der GRÜNEN Partei einbringen.

Begründung

Politische Entscheidungen von Menschen hängen stark von Emotionen und Zugehörigkeit ab. Das gilt für uns alle, ob gebildet oder nicht. Wir dürfen nicht meinen, dass Expert*innen allein regieren sollten. Politik muss immer von Menschen und für Menschen gemacht werden. Und zwar mit allen. Fühlen sich Personen unterdrückt, nicht gesehen, werden sie unzufrieden. Das geht uns allen so. Und auch wenn Vorschläge anders sind als unsere, auch wenn Personen sie aus einer anderen Perspektive einbringen, auch wenn sie das ganze nicht in unserer üblichen Sprechweise ausdrücken, oder mit genug Statistiken hinterlegen: Wir müssen immer davon ausgehen, dass sie recht haben könnten. Ich glaube, dass diese Wertschätzung anderer Meinungen, anderer Perspektiven ist essentiell für unsere politische Arbeit ist. Aber ich kann auch nur meine Meinung darstellen und ich möchte, dass wir uns zusammen überlegen, wie wir raus kommen aus unserer Blase und Menschen ansprechen, die wir, und auch die GRÜNEN, viel zu selten erreichen: Menschen denen Hoffnung fehlt, die nicht gebildet sind, die nicht in finanzieller Sicherheit aufgewachsen sind. Und ich möchte vor allem nicht nur *über*, sondern vor allem *mit* diesen Personen sprechen. Das muss glaube ich viel mehr unser Fokus sein, denn sonst verlieren wir die Mehrheit der Bevölkerung, nicht, weil diese rechts wird, sondern weil wir uns isolieren.